

## Peter Heumos

Zum industriellen Konflikt in der Tschechoslowakei 1945-1968

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.982>

Reprint von:

Peter Heumos, Zum industriellen Konflikt in der Tschechoslowakei 1945-1968, in: Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, herausgegeben von Peter Hübner, Christoph Kleßmann und Klaus Tenfelde, Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 31), S. 473-497

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <[redaktion@zeitgeschichte-digital.de](mailto:redaktion@zeitgeschichte-digital.de)>



Zitationshinweis:

Peter Heumos (2005), Zum industriellen Konflikt in der Tschechoslowakei 1945-1968, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.982>

Ursprünglich erschienen als: Peter Heumos, Zum industriellen Konflikt in der Tschechoslowakei 1945-1968, in: Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, herausgegeben von Peter Hübner, Christoph Kleßmann und Klaus Tenfelde, Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 31), S. 473-497

# Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für  
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 31

Peter Hübner / Christoph Kleßmann /  
Klaus Tenfelde (Hg.)

# Arbeiter im Staatssozialismus

Ideologischer Anspruch und  
soziale Wirklichkeit



2005

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Zentrum für  
Zeithistorische Forschung e.V.  
Bibliothek

ZZF 17226 (H3SD)ZZF

**Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek**  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

**Umschlagabbildung:**

Arbeiter mit Zahnrad – Geschenk der Warschauer Ursus-Werke an Wilhelm Pieck  
(Deutsches Historisches Museum, Berlin)

© 2005 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln  
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln  
Tel. (0221) 913 90-0, Fax (0221) 913 90-11  
[info@boehlau.de](mailto:info@boehlau.de)

Alle Rechte vorbehalten  
Druck und Bindung: MVR Druck GmbH, Brühl  
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier  
Printed in Germany

ISBN 3-412-18705-4

# Inhalt

*Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde*

Einleitung ..... 9

*Klaus Tenfelde*

Arbeiter, Arbeiterbewegungen und Staat im Europa des „kurzen“  
20. Jahrhunderts..... 17

*Peter Hübner*

ERSTE SEKTION:  
„Arbeiterstaat“ als politische Konstruktion und Inszenierung..... 35

*Dietrich Beyrau*

Das sowjetische Modell – Über Fiktionen zu den Realitäten..... 47

*Christoph Boyer*

Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und staatssozialistische  
Entwicklungspfade: konzeptionelle Überlegungen und eine  
Erklärungsskizze ..... 71

*Lenka Kalinová*

Mythos und Realität des „Arbeiterstaates“ in der Tschechoslowakei..... 87

*Ivo Georgiev*

Die Arbeiter als Modernisierungsbremse im realsozialistischen  
Bulgarien?..... 109

*Dragoş Petrescu*

Workers and Peasant-Workers in a Working-Class’ „Paradise“:  
Patterns of Working-Class Protest in Communist Romania..... 119

*Anikó Eszter Bartha*

The Disloyal „Ruling Class“: The Conflict between Ideology and  
Experience in Hungary ..... 141

*Simone Barck/Dietrich Mühlberg*

Arbeiter-Bilder und Klasseninszenierung in der DDR.  
Zur Geschichte einer ambivalenten Beziehung ..... 163

*Rainer Gries*

Dramaturgie der Utopie. Kulturgeschichte der Rituale der  
Arbeiter-und-Bauern-Macht..... 191

*Jennifer Schevardo*

ZWEITE SEKTION:  
„Arbeitsbeziehungen, Arbeitsverhältnisse, Arbeiterexistenzen“ ..... 215

*André Steiner*

Einkommen in den Ostblockländern.  
Annäherungen an einen Vergleich ..... 227

*Peter Hübner*

Arbeitsbeziehungen und soziale Sicherungen für Arbeiter  
in Ländern des sowjetischen Blocks..... 249

*Annette Schuhmann*

„Macht die Betriebe zu Zentren der Kulturarbeit“.  
Gewerkschaftlich organisierte Kulturarbeit in den Industriebetrieben der  
DDR in den fünfziger Jahren: Sozialhistorisches Novum oder  
Modifizierung betriebspolitischer Traditionen? ..... 271

*Małgorzata Mazurek*

Das Alltagsleben im sozialistischen Betrieb am Beispiel der  
„Rosa-Luxemburg-Werke“ in Warschau an der Schwelle zur  
„kleinen Stabilisierung“ ..... 291

*József Ö. Kovács*

Arbeiterexistenz in Ungarn nach 1956. Einige Schnittpunkte der  
Mikro- und Makrogeschichte..... 319

*Mary Fulbrook*

DRITTE SEKTION:  
Arbeiter in sozialen und politischen Konfliktkonstellationen  
Einführung..... 347

*Helke Stadtland*

Konfliktlagen und Konfliktformen. Arbeiter in der DDR zwischen  
Integration, Disziplinierung und Verweigerung..... 357

*Renate Hürtgen*

Konfliktverhalten der DDR-Arbeiterschaft und Staatsrepression  
im Wandel ..... 383

*Bernd Gehrke*

Weichenstellungen zum Disparaten.  
Vom schwierigen Verhältnis der DDR-Opposition zur Arbeiterschaft..... 405

*Jędrzej Chumiński/Krzysztof Ruchniewicz*

Arbeiter und Opposition in Polen 1945–1989 ..... 425

*Mark Pittaway*

Accommodation and the Limits of Economic Reform: Industrial  
Workers during the Making and Unmaking of Kádár's Hungary ..... 453

*Peter Heumos (München/Moosburg)*

Zum industriellen Konflikt in der Tschechoslowakei 1945–1968 ..... 473

Anhang

Autorenverzeichnis ..... 499

Literaturauswahl..... 500

Abkürzungsverzeichnis ..... 512

*Peter Heumos*

## Zum industriellen Konflikt in der Tschechoslowakei 1945–1968

1. Die Regularien der Austragung von Arbeitskämpfen, die in der tschechoslowakischen Republik zwischen 1918 und 1938 institutionalisiert und kodifiziert wurden, sind bereits vor der kommunistischen Machtübernahme (Februar 1948) so weit ausgehöhlt worden, daß die Errichtung des Machtmonopols der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) unter diesem Gesichtspunkt nicht als qualitative Zäsur betrachtet werden kann.\* Ausschlaggebend für die Erosion der rechtlichen, organisatorischen und politisch-sozialen Grundlagen von Arbeitskämpfen war das machtpolitische Konfliktszenarium der formal demokratisch verfaßten Nachkriegsrepublik (1945–1948), d. h. die oft dargestellten Auseinandersetzungen zwischen der KPTsch und den anderen Parteien der Nationalen Front, in deren Verlauf die legitime Verfolgung von Gruppeninteressen und das freie Ausschwingen sozialer Konflikte in beiden politischen Lagern rigoros parteipolitischem Kalkül untergeordnet wurden. Unser Thema ist dafür ein besonders anschauliches Beispiel. Die Parteien rechts von Kommunisten und Sozialdemokraten forderten einen restriktiven Umgang mit Arbeitskämpfen, um dem sozialen Radikalismus und der politischen Mobilisierung der Industriearbeiterschaft, die in der Masse zur Klientel der KPTsch gehörte, das Wasser abgraben zu können. Auf der Gegenseite akzeptierte und unterstützte das linke Machtkartell, das die kommunistische Partei und die im Mai 1945 als Einheitsgewerkschaft gegründete Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung (ROH) bildeten, industrielle Konflikte nur insoweit, als diese mit seinen klassenpolitischen Zielsetzungen und dem – wenn auch zunächst vage formulierten – volksdemokratischen Konzept vereinbar erschienen. Das verdeutlichen in erster Linie die von den beiden Organisationen teils selbst organisierten, teils nachträglich in Regie genommenen politischen Streiks für die Verstaatlichung von Industriebetrieben oder gegen die Restitution industrieller Konfiskate in privates Eigentum.<sup>1</sup>

---

\* Dieser Beitrag beruht auf Ergebnissen eines durch die VW-Stiftung geförderten Forschungsprojekts zur Sozialgeschichte der Industriearbeiterschaft in der Tschechoslowakei 1945–1968, das 1998–2001 am Collegium Carolinum (München) durchgeführt wurde. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Projekts (Eva Hošková, Květa Jechová, Lenka Kalinová, Karel Kaplan, Jiří Pokorný) sei an dieser Stelle noch einmal gedankt.

1 Im Überblick zu der gewerkschaftlich-kommunistischen Streikstrategie Karel Růžička, ROH v boji o rozšíření moci dělnické třídy 1945–1948 [Die Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung im Kampf für die Erweiterung der Macht der Arbeiterklasse 1945–1948], Praha 1963.

Diese beiden Strategien, unterschiedlich motiviert, aber wirkungsgleich, fielen in dem von allen Parteien der Nationalen Front im Januar 1948 gebilligten Verfassungsentwurf zusammen, in den das Streikrecht nicht aufgenommen wurde. Über die Form der Durchsetzung der Interessen der Beschäftigten hatte nach diesem Entwurf allein die Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung zu entscheiden, wobei der Streik als eines der dabei in Betracht kommenden Mittel nicht ausdrücklich genannt wurde.<sup>2</sup> Die Bestimmungen des Entwurfs zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung wurden – mit noch weiter abgeschwächten Formulierungen – in die erste kommunistische Verfassung (9. Mai 1948) übernommen,<sup>3</sup> die auf der anderen Seite – wie das Dokument vom Januar 1948 und auch die Statuten der Einheitsgewerkschaft – kein ausdrückliches Streikverbot aussprach. Insofern war es jedenfalls formalrechtlich zutreffend, wenn Ministerpräsident Zápotočký im November 1951, in den Tagen der Brüner Arbeiterunruhen, feststellte, das Streikrecht sei nicht „suspendiert“ worden.<sup>4</sup> Eine knapp zwei Jahrzehnte später, im Februar 1969, im Zentralrat der Gewerkschaften geführte Diskussion über eine Streikordnung,<sup>5</sup> die noch einmal an die 1968 von den gewerkschaftlichen Basisorganisationen und den Führungsgremien einiger Gewerkschaftsverbände verlangte Wiedereinführung des Streikrechts anknüpfte, blieb im gesellschaftspolitischen roll-back der „Normalisierung“ stecken.

Die Gründung der Einheitsgewerkschaft hat Klassenlage und (potentielle) Macht der Arbeiterschaft in historisch einmaliger Weise gehoben und den Arbeitsbeziehungen eine zuvor nie im Entferntesten erreichte gesellschaftliche Strukturdominanz im Sinne einer staatlich administrierten wie garantierten Sozialordnung verliehen. Es ist daher anzunehmen – und auch die bereits 1945 anlaufende symbolische Inszenierung der Arbeiterklasse als „Staatsklasse“ spricht dafür –, daß das Abblocken von Streiks, deren Ziele nicht mit denen politisch gebilligter Arbeitskämpfe korrespondierten, von KPTsch und Gewerkschaften schon vor 1948 mit dem Argument gerechtfertigt wurde, der Staat und die verstaatlichten Unternehmen könnten unter der politischen Vorherrschaft der Arbeiterklasse keine anderen Interessen verfolgen als die Arbeiter selbst. Daß die Einheitsgewerkschaft von Anfang an keine institutionell geregelten Verfahren der Interessenvermittlung von „unten“ nach „oben“ in die politischen Entscheidungsarenen kannte, unausdrücklich also bereits angenommen wurde, Klassenbewegungen würden von stark abnehmender struktureller Prägekraft für die Gesellschaft der ČSR sein, stützt diese Vermutung ebenfalls.

Legitimation ist dem industriellen Konflikt vor dem Februarumsturz praktisch dadurch entzogen worden, daß bei Arbeitskämpfen, deren Ziele nicht mit den staatlichen lohn- und sozialpolitischen Maßnahmen übereinstimmten, auf Anordnung der Gewerkschaften die

---

2 Vgl. Karel Kaplan, Příprava Ústavy ČSR v letech 1946–1948. Diskuse v Národní frontě a názory expertů [Die Vorbereitung der Verfassung der ČSR in den Jahren 1946–1948. Die Diskussion in der Nationalen Front und die Auffassungen der Experten], Praha 1993, S. 155.

3 Vgl. Ústavní zákon ze dne 9. května 1948. Ústava Československé republiky [Verfassungsgesetz vom 9. Mai 1948. Verfassung der Tschechoslowakischen Republik], Kapitel 1, § 25. Das Verfassungsgesetz wurde in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen als Nr.150/1948 veröffentlicht. Die Verfassung des Jahres 1960, die den Übergang zum Sozialismus proklamierte, enthält keine Bestimmungen zu Formen der Interessenvermittlung durch die Gewerkschaften.

4 Úřední list republiky Československé II, Nr. 275, S. 2775–2776.

5 VOA ČMKOS, Prag. ÚRO-Před., Karton 101, Inventarnummer 488/3. Analyse der Problematik des Streikrechts (10.2.1969).

Ausfallzeiten nachgearbeitet werden mußten,<sup>6</sup> womit die allgemeine Praxis nach der kommunistischen Machtübernahme vorweggenommen wurde. Die Tendenz zur autoritären Beilegung betrieblicher Auseinandersetzungen – Streiks mit „abweichenden“ Forderungen blieben meistens ergebnislos, und höhere Gewerkschaftsorgane begnügten sich durchweg damit, sie lediglich zu „liquidieren“<sup>7</sup> – war die andere Seite des geringen partizipatorischen Potentials der Einheitsgewerkschaft. Zwar wurde der Industriearbeiterschaft durch das Präsidialdekret Nr. 104 vom 24. Oktober 1945 über die Betriebsräte ein breites Spektrum von Mitwirkungsrechten zugestanden, die betriebliche Praxis lief jedoch auf „produktivistisches“ Mitmachen und darauf hinaus, die Betriebsräte auf die Rolle von Antriebsaggregaten der industriellen Leistungssteigerung einzuschränken.<sup>8</sup> Auf breiter Front verweigert wurde den betrieblichen Vertretungsorganen der Arbeiter die Mitwirkung an dem 1946–1947 eingeleiteten Umbau des Entlohnungssystems und an der Neufestsetzung der Arbeitsnormen, die schwere Konflikte und stürmische Proteste in den Fabriken hervorriefen. Etwa die Hälfte der 103 Streiks, die 1947 nach Ausweis der unten abgedruckten Tabelle stattfanden,<sup>9</sup> betraf diese beiden Fragen. Obwohl sich eine überbetriebliche Frontbildung gegen die Lohn- und Arbeitsnormenpolitik der Nachkriegsrepublik anbahnte, in die sich mit den Pilsener Škoda-Werken und den Brüner Waffenwerken (Zbrojovka) zwei der größten Unternehmen des Landes einreihen,<sup>10</sup> blieben die politischen Kommandohöhen für die Arbeiterschaft unzu-

- 
- 6 VOA ČMKOS. ÚRO-Org., Karton 28, Inventarnummer 125. Zusammenstellung der Streiks in den Gebieten der einzelnen Kreisgewerkschaftsräte für die Zeit vom 1.10. bis 31.12.1947. Bei den in dieser Tabelle angeführten 32 Streiks sollten die Ausfallzeiten ausnahmslos eingearbeitet werden, doch ist dies in vielen Fällen nicht oder nur partiell geschehen. Es kennzeichnet die Erwartungshaltung der Streikenden gegenüber dem Zentralrat der Gewerkschaften, daß 20 der 32 Streiks dem Führungsorgan der Gewerkschaften nicht bzw. erst nachträglich gemeldet wurden. Die Gewißheit, der Zentralrat würde bei der Genehmigung von Arbeitskämpfen restriktiv verfahren, förderte also „wilde“ Streiks.
  - 7 Ebd. Zusammenstellung der Streiks in den Gebieten der einzelnen Kreisgewerkschaftsräte für die Zeit vom 1.4. bis 1.10.1947.
  - 8 Ausführlich dazu Peter Heumos, Betriebsräte, Einheitsgewerkschaft und staatliche Unternehmensverwaltung. Anmerkungen zu einer Petition mährischer Arbeiter an die tschechoslowakische Regierung vom 8. Juni 1947, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 29, 1981, S. 215–245.
  - 9 Die Tabelle ist vorläufig, sowohl im Hinblick auf die Anzahl der Streiks als auch deren Einteilung nach Gruppengrößen der Beteiligten. Die Untersuchungen im Rahmen des eingangs genannten Forschungsprojekts zeigten, daß eine Reihe von Streiks, die in den Beständen von Betriebsarchiven dokumentiert sind, weder von der KPTsch (und dem Staatssicherheitsdienst, der die Parteispitze mit einschlägigen Informationen belieferte) noch von den Gewerkschaften erfaßt wurden. Betriebsarchive sind im Laufe des Forschungsprojekts jedoch nur punktuell herangezogen worden. Ferner muß die bisher bekannte Zahl der Streiks in der Slowakei überprüft werden; über diese haben die Kommunistische Partei der Slowakei und der Slowakische Gewerkschaftsrat nur bruchstückhaft nach Prag berichtet. Mehrere Angaben zu den Gruppengrößen der Beteiligten beruhen auf Schätzungen; auch hier sind von weiteren Forschungen Korrekturen zu erwarten. Die Streikbewegung in Brünn im November 1951 und die landesweite Streikwelle Anfang Juni 1953 im Anschluß an die Währungsreform vom 30. Mai wurden in Einzelstreiks aufgelöst. Das Jahr 1968 wird durch die Tabelle nur bis zum Beginn der Okkupation durch die Truppen des Warschauer Paktes abgedeckt. Die Tabelle verarbeitet Quellen aus dem Staatlichen Zentralarchiv (Prag), dem Staatlichen Gebietsarchiv (Prag), dem Archiv des Innenministeriums der Tschechischen Republik (Prag), dem Gewerkschaftsarchiv (Prag), dem Archiv der Kanzlei des Präsidenten der Republik (Prag) und dem Škoda-Archiv in Pilsen.
  - 10 VOA ČMKOS. ÚRO-Soc., Karton 29, Inventarnummer 34/14 a. Bericht der Zentralen sozialpolitischen Kommission des Zentralrates der Gewerkschaften über die Entwicklung der Sozialpolitik (1947).

gänglich. Im mährischen Bergbau wurden im Herbst 1947 gegen den massiven Widerstand der Bergleute neue Normen ohne Beteiligung der Betriebsräte vom zuständigen Ministerium verfügt.<sup>11</sup> Schon im Dezember 1945 waren Arbeiterdelegierte des Brüner Maschinenbaus, die in Prag Zutritt zu Beratungen hoher Gewerkschaftsfunktionäre über gesamtstaatliche Tarifklassen verlangten, ohne Begründung abgewiesen worden.<sup>12</sup>

### Streiks und Beteiligung 1946–1968

Jahr	Streiks	Beteiligung					
		– 49	50 – 99	100 – 499	500 – 999	1000 –	nicht festzustellen
1946	3	1		2			
1947	103	9	23	6	5		
1948	27	8	1	10	5		3
1949	2		1			1	
1950	7	4	2	1			
1951	34	7	6	14	2	2	3
1952	2		1	1			
1953	146	37	15	31	8	4	51
1954	17	5	2	6	2		2
1955	12	2	3	6	1		
1956	16	3		12	1		
1957	18	3	3	10	2		
1958	9	5	1	3			
1959							
1960	1		1				
1961	1			1			
1962							
1963							
1964							
1965							
1966							
1967	1	1					
1968	2		2				
insgesamt	401	85	61	163	26	7	59

- 11 VOA ČMKOS. ÚVOS-Horníci, Karton 3, 1947. Protokoll der Sitzung des Kreis Ausschusses der Bergarbeiter am 27.9.1947 in Brünn.
- 12 VOA ČMKOS. ÚRO-Soc., Karton 3, Inventarnummer 2/9/2, 1945. Kreisgewerkschaftsrat Brünn an den Zentralrat der Gewerkschaften vom 13.12.1945.

Das partizipatorische Defizit ist aus mehreren Gründen hervorzuheben. Erstens war die Betriebsrätebewegung, die die Masse der Arbeiter repräsentierte, im Mai 1945 mit einem sehr weit reichenden und über die Mitbestimmungsregelungen der Zwischenkriegsrepublik hinausgehenden Anspruch auf Teilhabe an der Leitung der Betriebe aus dem Untergrund aufgetaucht, und um so stärker war der Motivationsschwund angesichts der restriktiven Politik auf diesem Gebiet.<sup>13</sup> Zweitens führte die geringe Kompromißelastizität der Interessenvermittlung trotz der schon 1945 rasant verfallenden und Ende 1947 obsolet gewordenen Strukturbedeutung des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit<sup>14</sup> zu einer ideologischen Dramatisierung der Interessenformierung, die den anfänglichen politischen Glanz der Nachkriegsrepublik gerade unter den Arbeitern verblässen ließ. Mährische Bergarbeiter hielten die Gewerkschaftsbosse schon 1946 für „so etwas wie eine neue Bourgeoisie“.<sup>15</sup> Vorgesetzte, industrielle Organisationen und zentrale Staatsorgane seien aus der Sicht der Arbeiter neuer Wein in alten Schläuchen, sie repräsentierten die „Ausbeuter“, auf die sie den „früheren Klassengegensatz“ übertragen, schrieb ein Prager Fabrikdirektor im Januar 1948.<sup>16</sup> In der Konsequenz aller dieser Tendenzen lag, drittens, daß sich die dominierende industrielle Streitfrage, nämlich die Problematik der Normierung des Arbeitsprozesses und der Entlohnung, von Anfang an auf der shop-floor-Ebene „einkapselte“, auf die die zentralen administrativen Regelungen des Produktionsprozesses nicht wirklich durchschlugen. Die systematischen Gründe für die starke Stellung der Arbeiter im Betrieb sollen im weiteren noch dargelegt werden. Hier ist festzuhalten, daß sich der Konfliktaspekt vieler Streiks im gesamten Untersuchungszeitraum aufgrund der eben skizzierten Konstellation auch darauf richtete, die Herausbildung und Stabilisierung organisatorischer Strukturen auf mikrosozialer Ebene gegen destruktive Eingriffe der zentralistischen Politik abzusichern. In langfristiger Perspektive führte dies am Ende dazu, daß die Betriebsausschüsse des ROH (seit 1959 die Nachfolger der Betriebsräte) im Frühjahr 1968 ein in ihrer Satzung verankertes Vetorecht gegen die Interventionen des Zentralrates der Gewerkschaften in die gewerkschaftlichen Basisorganisationen verlangten<sup>17</sup> und schließlich dafür eintraten, daß die kommunisti-

- 13 Die Literatur unterstellt durchweg für 1945–1948 eine anhaltende Mobilisierung der Arbeiterschaft. Vieles deutet jedoch darauf hin, daß große Teile der Arbeiterschaft – auch wenn sie der KP(T)sch folgten – die Wahlen zur Nationalversammlung am 30.5.1946 als den Beginn der Konsolidierung der Nachkriegsrepublik ansahen. Das belegt u. a. die Entwicklung der Arbeitsbrigaden, die sich zunächst auf den authentischen Aufbau aller Schichten der Bevölkerung stützten. Nach den Wahlen verloren sie deutlich an Schubkraft. Es solle jemand mit der Kohlenbrigade mitfahren, „der die Moral aufrechterhält“, empfahl der Betriebsrat der Böhmischemährischen Maschinenbauwerke in Prag Anfang Juni 1946. SOA, Prag. ČKD-Ú, Karton 2, 30–44. Protokoll der Sitzung des Betriebsrates der Böhmischemährischen Maschinenbauwerke in Prag vom 4.6.1946.
- 14 „Le capitalisme a pratiquement cessé d'exister en Tchécoslovaquie,“ schrieb der belgische Sozialist Larock nach einem Besuch der Tschechoslowakei im November 1947. Zit. nach seinem Reisebericht, abgedruckt bei Peter Heumos (Hg.), *Europäischer Sozialismus im Kalten Krieg. Briefe und Berichte 1944–1948* (Quellen und Studien zur Sozialgeschichte. Hg. vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, Bd. 20), Frankfurt/M./New York 2004, S. 393.
- 15 Zit. nach einer 1946 im Auftrag des Nationalunternehmens Tschechoslowakische Bergwerke durchgeführten Untersuchung der sozialen, arbeitsorganisatorischen und -ökonomischen Verhältnisse in der Grube František in Přívoz bei Ostrava. VOA ČMKOS. NHK, Karton 33, Inventarnummer 101.
- 16 SOA. ČKD-Ú, Karton 5, Fasz. 59. Schreiben des Direktors einer Maschinenbaufabrik in Prag-Modřany an den Generaldirektor der Böhmischemährischen Maschinenbauwerke (Prag) vom 22.1.1948.

sche Partei künftig auf die direkte Steuerung des Produktionsprozesses und auf Einmischungen in die betrieblichen Verhältnisse verzichtete.<sup>18</sup>

2. Von den bisher ermittelten 401 Streiks zwischen 1946 und 1968 fielen mehr als die Hälfte (218) in den Zeitraum des ersten Fünfjahresplans (1948–1953), also in die von der politologischen Literatur üblicherweise als „Hochstalinismus“ bezeichnete Periode. Die Verteilung der Streiks auf die einzelnen Industriebranchen ist erst in rund 300 Fällen geklärt; weit an der Spitze lag danach die Metallindustrie als Leicht- und Schwerindustrie (82), gefolgt vom Bergbau (39), dem Bauwesen (35) und der Textilindustrie (28). Für die hohe Streikfrequenz in den drei auf den vordersten Plätzen rangierenden Branchen bieten sich unterschiedliche allgemeine Begründungen an.

In der Metallindustrie konzentrierten sich die Streiks auf den schweren Maschinenbau (Pilsen, Brünn, Prag) und die Eisen- und Stahlproduktion (Třinec, Vítkovice, Kladno), einen der Pfeiler des „eisernen Weges“ des sozialistischen industriellen Aufbaukonzepts mit besonders hohen sozialen, kulturellen, arbeitsorganisatorischen und physischen Belastungen (unwirtliche Lebens- und Arbeitsbedingungen, politisch forcierter Leistungsdruck, Quasimilitarisierung der Produktion, Entwertung handwerklich-solider Arbeit durch die Orientierung an mengenmäßiger Produktion etc.). Vermutlich entscheidender als diese Verhältnisse, die – gewiß weniger ausgeprägt – auch in anderen Industriezweigen zu finden waren, dürfte die Arbeitsnormenproblematik der Metallindustrie und speziell des Maschinenbaus gewesen sein. Der Anteil technisch begründeter Normen lag in dieser Branche vergleichsweise sehr niedrig, anders ausgedrückt: Arbeitsnormen wurden hier in besonders großem Umfang durch informelle Vereinbarungen mit den unteren Chargen des Leitungspersonals so aufgeweicht, daß sie gute Verdienstmöglichkeiten gewährleisteten. Dieser auf soziale Rücksichten gegründete „Planerfüllungspakt“ provozierte immer wieder dirigistische Eingriffe höherer Gewerkschafts- und gelegentlich auch Parteiorgane, die wiederum entsprechend häufige Protestaktionen und Streiks auslösten.<sup>19</sup>

Der Bergbau steht exemplarisch für die Widerständigkeit eines ausgeprägt traditionellen sozialen Milieus und einer gleichermaßen wandlungsresistenten Arbeitswelt gegen die sozialistischen Transformationsstrategien vor allem im Bereich der Arbeitsmethoden und der Arbeitsorganisation.<sup>20</sup> Dauernde Unruhe, sich wiederholt explosiv zuspitzende Kollisionen mit den Grubenverwaltungen und spontane Bereitschaft zu Arbeitsniederlegungen besonders in den frühen fünfziger Jahren sollten vor dem Hintergrund des Versuchs von Partei und Gewerkschaften gesehen werden, eben diese traditionellen Strukturen aufzubrechen:

---

17 Vgl. Peter Heumos, Aspekte des sozialen Milieus der Industriearbeiterschaft in der Tschechoslowakei vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Reformbewegung der sechziger Jahre, in: *Bohemia* 42, 2001, S. 357.

18 VOA ČMKOS. ÚRO-Před., Karton 95, Inventarnummer 471. Bericht über die aktuelle soziale und politische Situation in den Betrieben (für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 3.6.1968).

19 VOA ČMKOS. Celostátní akce, Karton 5, Inventarnummer 32. Stenographisches Protokoll der Beratung der Vorsitzenden der Verbände des ROH und der Abteilungsleiter des Zentralrates der Gewerkschaften am 17.1.1955. – VOA ČMKOS. Strojřrenství, Karton 35–36, 1957, Faszikel 1. Kreisausschuß Prag des Gewerkschaftsverbandes Maschinenbau. Bericht Motl vom 8.11.1956.

20 Einen guten Einblick in Milieu und Arbeitswelt der Bergarbeiter gibt die in Anm. 15 zit. Untersuchung zu den Verhältnissen in der Grube František bei Ostrava.

Die Flut der militärischen und zivilen Arbeitsbrigaden, die sich bis zur Mitte der fünfziger Jahre in die Bergbauregionen ergoß,<sup>21</sup> spiegelt zwar zuallererst die Schlüsselrolle der Energieproduktion im Aufbau des Staatssozialismus, zielte aber erklärtermaßen auch darauf, die alten Gruppenstrukturen und internen Machtverhältnisse der Grubenbelegschaften, denen „falsche Solidarität“, Schlendrian und niedrige Produktivität angelastet wurden, zu unterminieren und vor allem den „Konservativismus der Kohlenhauer“ zu zerschlagen.<sup>22</sup> Auf diesen Vorstoß, der in hohem Maße über die Durchsetzung sozialistischer Arbeitsinitiativen (Stachanov- und Stoßarbeit, sozialistischer Wettbewerb, Selbstverpflichtungen etc.) lief, reagierten die Bergarbeiter nicht selten mit Sabotageakten und Gegengewalt.<sup>23</sup>

Rahmenbedingung der überdurchschnittlichen Streiklust im Baugewerbe war dessen extrem heterogene soziale Zusammensetzung mit der Dominanz von Beschäftigten industrieferner Herkunft und einem sehr starken Einschlag von Zwerg- und Kleinbauern, die im Nebenerwerb auf dem Bau arbeiteten.<sup>24</sup> Der weithin fehlenden gewerkschaftlichen Sozialisation und der niedrigen industriellen Disziplin im Bauwesen korrespondierte die Neigung zu disruptiver Konfliktaustragung, wie beispielsweise der Streik in einer Ziegelei im südöstlichen Mähren im Sommer 1951 zeigt. Der Sekretär des Bezirksgewerkschaftsrates, der zunächst Verhandlungen mit den Streikenden vor Ort aufgenommen hatte, mußte am Ende angesichts ihrer drohenden Haltung die Flucht ergreifen.<sup>25</sup> Insbesondere im „Aufbaumilieu“ gigantischer Industrialisierungsprojekte, etwa beim Bau der Ostslowakischen Eisenwerke in Košice mit Tausenden von Arbeitern, entluden sich die „kochenden“ sozialen Verhältnisse im Baugewerbe, die von Partei und Gewerkschaften nur schwer unter Kontrolle gebracht werden konnten, in gewalttätigen Auseinandersetzungen, die leicht auch auf andere soziale Milieus übergriffen.<sup>26</sup>

Die konkreten Streikforderungen zeigen von einem Industriezweig zum anderen trotz solcher branchenspezifischer Konfliktfelder, die weitere Untersuchungen wahrscheinlich auch für andere Industrien zutage fördern werden, keine augenfälligen Unterschiede. Fragen des Arbeitseinkommens, also vor allem Normen, Löhne und Prämien, dann Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit und Versorgungsprobleme (letztere allerdings nur in der ersten Hälfte

- 21 Vgl. dazu Dušan Janák, Zur sozialen Lage der Bergarbeiter im Ostrau-Karwiner Revier 1945–1955, in: *Bohemia* 42, 2001, S. 290–306.
- 22 VOA ČMKOS. ÚRO-Org., Karton 120, Inventarnummer 399. Protokoll der gesamtstaatlichen Beratung der Vertreter der Gebiets- und Lagerräte der Bergbaubrigaden am 4.–6.1.1951.
- 23 VOA ČMKOS. ÚRO-Soc., Karton 109, Inventarnummer 109/2. Bericht über die freiwillige Brigade von Bergarbeitern aus Sokolov in Ostrava (1950).
- 24 Landesweit gehörten 45–50 Prozent, in der Slowakei 60–70 Prozent der Bauarbeiter zu diesem Mischtypus des „Eisenbauern“ (kovorolník), der im Normalfall eine Parzelle von maximal 2 ha bewirtschaftete. Im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft schrumpfte diese Schicht, repräsentierte aber noch 1956 mehr als ein Drittel (414 095) aller Arbeiterhaushalte der ČSR. Vgl. Heumos, Aspekte des sozialen Milieus, S. 328.
- 25 VOA ČMKOS. ÚRO-Org., Karton 110, Inventarnummer 385 b. Bericht des Instruktors des Kreisgewerkschaftsrates Brno-Gottwaldov, Motl, über den Verlauf der Überprüfung der Arbeitsnormen vom 18.7.1951.
- 26 VOA ČMKOS. ÚRO-Před., Karton 54, Inventarnummer 349 I/9. Bericht über die Verwirklichung der Beschlüsse des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften vom 21.2.1961 zu den Aufgaben des ROH beim Bau der Ostslowakischen Eisenwerke Košice. – Der Begriff „Aufbaumilieu“ nach Christoph Boyer, Arbeiter im Staatssozialismus. Ein Leitfaden in theoretischer Absicht, in: *Bohemia* 42, 2001, S. 209–219.

der fünfziger Jahre) standen überall im Vordergrund. Politische Forderungen spielten in den Streiks eine nebensächliche Rolle, artikulierten sich aber kurzfristig und in eruptiver Form während der Streikbewegung im November 1951 in Brünn und der landesweiten Streikwelle unmittelbar nach der Währungsreform vom 30. Mai 1953. Auslösendes Moment waren jedoch auch in diesen beiden Fällen soziale Fragen: die Abschaffung des Weihnachtsgeldes bzw. die allgemeine Verschlechterung der materiellen Lebensverhältnisse durch die Währungsreform.<sup>27</sup> Kontinuierlich präsent waren politische Forderungen dagegen in den Kontroversen um die (langfristig erfolgreiche) Demokratisierung der Betriebsratwahlen, die der dominierende Einfluß der Betriebszellen der KPTsch auf die Zusammenstellung der Kandidatenliste hervorrief.<sup>28</sup> Ob der Teilhabeanspruch der gewerkschaftlichen Betriebsorganisationen, der – wie im Januar 1958 in den Pilsener Škoda-Werken – gegen die Parteidiktatur darauf beharrte, daß „alle Macht vom Volk ausgeht“,<sup>29</sup> in den fünfziger Jahren einen breiteren politischen Trend repräsentierte, ist vorerst eine offene Frage. Ein erhebliches politisches Potential stand ohne Zweifel in den Jahren 1967–1968 hinter der Forderung der Betriebsausschüsse des ROH nach radikaler Demokratisierung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung,<sup>30</sup> dem ersten großen öffentlichen Angriff auf die Nomenklaturkader nach 1948 überhaupt. Zumindest von daher erscheint die These vom vorherrschenden Trade-Unionismus der Arbeiterschaft<sup>31</sup> nicht ohne weiteres einleuchtend.

Streiks fanden ganz überwiegend hinter verschlossenen Fabrikturen statt. An die Öffentlichkeit getragen wurden sie während der oben erwähnten Protestbewegungen 1951 und 1953 und in wenigen weiteren Fällen, auf die in anderem Zusammenhang noch einzugehen sein wird. Die frühe Erfahrung, daß Arbeitsniederlegungen die lokale Bevölkerung mobilisieren und Aufruhr und Tumult provozieren konnten – ein Beispiel ist der Streik in der Spinnerei der Schlesischen Baumwollwerke in Frýdek-Místek im August 1948<sup>32</sup> –, führte

---

27 Zur Streikbewegung in Brünn s. Jiří Pernes, Brno 1951. Přspěvek k dějinám protikomunistického odporu na Moravě [Brünn 1951. Beitrag zur Geschichte des antikommunistischen Widerstandes in Mähren], Praha 1997. – Zur Währungsreform von 1953 vgl. die durch einen umfangreichen dokumentarischen Teil ergänzte Studie von Dana Musilová, Měnová reforma 1953 a její sociální důsledky. Studie a dokumenty [Die Währungsreform 1953 und ihre sozialen Folgen. Studie und Dokumente], Praha 1994.

28 Es gibt bereits in den frühen fünfziger Jahren auch in den großen Unternehmen zahlreiche Beispiele dafür, daß Kandidaten für den Betriebsrat, die von den Betriebsorganisationen der KPTsch und übergeordneten Parteiorganen protegiert wurden, bei den Wahlen durchfielen. So wurden 1951 bei den Wahlen zum Betriebsrat der Pilsener Škoda-Werke ein hochdekoriertes Stoßarbeiter und andere, von der KPTsch und höheren Gewerkschaftsorganen gestützte Vorkämpfer sozialistischer Arbeitsinitiativen von der Kandidatenliste gestrichen. VOA ČMKOS. ÚRO-Org., Karton 109, Inventarnummer 384 e. Bericht über die Absicherung der Wahlen zu den Gewerkschaftsorganen in den Lenin-Werken [Škoda-Werken].

29 Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 8/PV 544. Protest des Werkstatrates Gerätelager der Škoda-Werke gegen die Aufhebung der Rentenzusatzversicherung durch den Zentralrat der Gewerkschaften (21.1.1958).

30 VOA ČMKOS. ÚRO-Před., Karton 94, Inventarnummer 468/2. Bericht für die Mitglieder des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften über die Situation in einigen Gewerkschaftsorganen in den Betrieben im gegenwärtigen Zeitraum vom 20.4.1968.

31 Vgl. Boyer, Arbeiter im Staatssozialismus, S. 219.

32 Während dieses Streiks, der sich über drei Tage hinzog, wurde das Fabrikgebäude von Hunderten von Schaulustigen aus Frýdek-Místek umlagert, die den Konflikt anheizten. Vgl. dazu den Bericht des Se-

gelegentlich zu aufwendigen Isolierungsmaßnahmen, wie im Juni 1949 im slowakischen Čadca, als etwa 50 Polizisten und 150 Volksmilizionäre eine Fabrik umzingelten und die umliegenden Straßen sperrten, nachdem 100 Arbeiter wegen abfälliger Bemerkungen eines Gewerkschaftsfunktionärs über die katholische Kirche rebelliert und die Arbeit niedergelegt hatten.<sup>33</sup> Präventive Aktionen dieser Art wurden allerdings nur dann eingeleitet, wenn die Streikursache Resonanz in der Bevölkerung erwarten ließ. Bei einem Streik von 2 000 Arbeitern in einer Textilfabrik im nordböhmischen Litvínov (Juli 1949), der deshalb ausbrach, weil der Fabrikdirektor und sechs seiner Mitarbeiter, die wegen dunkler Mächenschaften hinter Gittern saßen, vorzeitig aus der Haft entlassen worden waren, wurden keinerlei Vorkehrungen gegen die Ausweitung des Konflikts über den Betrieb hinaus getroffen: Der Sicherheitsreferent des zuständigen Nationalausschusses ließ die Entlassenen zur allgemeinen Befriedigung der Arbeiter wieder einsperren und setzte damit dem Streik und jeglicher Unruhe ein Ende.<sup>34</sup> Weiteten sich Arbeitsniederlegungen zu größeren Revolten aus, wie 1951 in Brünn und 1953 vor allem in Pilsen, stützte sich die staatliche Repression auf große Kontingente der Polizei und bewaffneter Volksmilizen; in Pilsen kamen bewaffnete Verbände der Grenztruppe hinzu, die durch Einheiten der Armee verstärkt wurden.<sup>35</sup> Nach 1953 verloren Streiks ihre Sogwirkung auf außerindustrielle Konfliktlagen. Die Bedingungen ihrer „Normalisierung“ nicht nur in diesem Punkt werden noch zu nennen sein.

Wie aus der Tabelle zu ersehen ist, lag die Beteiligung an den Streiks am häufigsten zwischen 100 und 500 Personen. Allgemein gilt, daß nur ganz selten die gesamte Belegschaft eines Betriebes in den Ausstand trat, und zwar auch dann, wenn alle Dämme zu brechen schienen. Während der Unruhen Anfang Juni 1953 legte in den Waffenwerken in Strakonice nicht mehr als ein Viertel der 6 200 Beschäftigten die Arbeit nieder.<sup>36</sup> Streiks beschränkten sich auf eine Betriebsabteilung, einen einzelnen Fertigungsbereich (Kesselschmiede, Gießerei) und Gruppen von Arbeitern, die entweder arbeitsorganisatorisch (Schicht, Brigade) oder qua Status (Hilfsarbeiter, Lehrlinge) integriert wurden; dies unterschied sich offenbar nicht grundsätzlich von den Verhältnissen in anderen sozialistischen Ländern.<sup>37</sup> Daß vor allem Repressionsangst die Beteiligung in Grenzen hielt, ist nicht wahrscheinlich, denn die nach 1953 rückläufige politische Kriminalisierung von Arbeitskämpfen stimulierte keineswegs eine höhere Beteiligung. Zwar mußte die Furcht vor Repressalien mitunter zerstreut werden, beispielsweise im November 1957 in einem Textilbetrieb bei Šumperk, wo Streikbereitschaft mit dem Argument angeheizt wurde, niemandem könne „etwas passieren“, weil gera-

---

ekretärs des Bezirksgewerkschaftsrates Místek über Ursachen, Verlauf und Beilegung des Streiks in Frýdek-Místek vom 15.8.1948. VOA ČMKOS. ÚRO-Org., Karton 47, Inventarnummer 173.

33 SÚA, Prag, Fonds 100/24, Bd. 59, Nr. 927, 1948–1949. Streik der Arbeiter in Čadca. Fernschreiben des Genossen Bašťovanský aus Bratislava vom 23.6.1949.

34 Ebd., Bericht über den Streik im Werk Cotona, Litvínov, vom 16.7.1949.

35 Vgl. Jiří Pernes, *Snahy o překonání politicko-hospodářské krize v Československu v roce 1953* [Bemühungen zur Überwindung der politisch-wirtschaftlichen Krise in der Tschechoslowakei im Jahr 1953], Brno 2000, S. 14.

36 AMV, Prag, Inventarnummer 310–72–30. Zusammenstellung der Streiks nach der Währungsreform im Kreis České Budějovice.

37 Vgl. Peter Hübner, Identitätsmuster und Konfliktverhalten der Industriearbeiterschaft in der SBZ/DDR, in: *Bohemia* 42, 2001, S. 228. – Für Ungarn vgl. die Studie von Mark Pittaway, *The Social Limits of State Control: Time, the Industrial Wage Relation, and Social Identity in Stalinist Hungary, 1948–1953*, in: *Journal of Historical Sociology* 12, 1999, S. 271–299.

de eine Amnestie erlassen worden sei.<sup>38</sup> Die Dominanz spontaner Arbeitskämpfe, die ad hoc auf inakzeptable Sachlagen reagierten, meistens nur wenige Stunden dauerten und auf der Ebene kurzfristiger Interaktionen mit der jeweiligen Gegenseite absorbiert wurden, deutet jedoch nicht darauf hin, daß viel Mühe investiert wurde, um eine möglichst hohe Beteiligung zu erreichen, die nicht nur bei Streiks, sondern auch bei anderen Formen der Resistenz einen gewissen Schutz vor Sanktionen bieten konnte. Gewerkschaftsfunktionäre mußten im Juli 1953 einräumen, daß sich die Regierungsverordnung vom 3. Juni 1953, die drakonische Strafen für Absenz und Fluktuation vorsah, beispielsweise auf die Klement Gottwald-Hüttenwerke im mährischen Kunčice praktisch nicht anwenden ließ: Man hätte dann 1 400 Arbeiter dem Staatsanwalt übergeben müssen.<sup>39</sup>

Die Frage der Beteiligung legt es nahe, die Verbindungslinie zu industriellen Traditionen zu ziehen. Charakteristisch für die politisch, weltanschaulich und national differenzierte gewerkschaftliche Organisation der Ersten Tschechoslowakischen Republik waren Berufs- und Betriebsgewerkschaften, die tendenziell partikularistische Konfliktregelungen auf niedriger Verhandlungsebene förderten, und ein Kollektivvertragswesen, das einen hohen Anpassungsgrad an die spezifischen Bedürfnisse lokaler Arbeitssituationen und sozialer und organisatorischer Milieus ermöglichte. Der industrielle Konflikt erfaßte so jeweils nur kleine Gruppen von Arbeitnehmern mit ihren besonderen Interessenlagen. Diese „unterkomplexe“ Interessenformierung trug dazu bei, daß die Entwicklung von Arbeitskämpfen zwischen 1918 und 1938 trotz insgesamt wachsender Beteiligung nicht durch entsprechende Verringerung der durchschnittlichen Ausstandszeit rationalisiert werden konnte.<sup>40</sup> Bereits 1946 hatten daher erfahrene Gewerkschafter ihre Zweifel, ob es der Einheitsgewerkschaft gelingen werde, die ausgeprägte subkulturelle Differenzierung der Arbeiterschaft und traditionelles berufsständisches Sonderbewußtsein aufzulösen und durch ein neues einheitliches Organisationsverhalten mit sozialistischer Wertorientierung zu ersetzen.<sup>41</sup> Langfristig gab ihnen die Entwicklung Recht. Zu den Schwerpunkten der Diskussion über die Reform der Einheitsgewerkschaft in der ersten Jahreshälfte 1968 gehörte das von den gewerkschaftlichen Basisorganisationen getragene Votum für die Rückkehr der Gewerkschaften zu ihrer klassischen Rolle als Interessenvertretung der Arbeiterschaft und die Auflösung der Industriegewerkschaften in kleinere Verbände, die – und dabei beriefen sich viele Betriebsaus-

38 SÚA. Fonds 014/12, Bd. 29, Nr. 1165, 1957. Streik im Betrieb Moravolen in Horní Libiň.

39 VOA ČMKOS. ÚRO-Org., Karton 137, Inventarnummer 439. Protokoll der Beratung der Kreis- und Organisationssekretäre am 7.7.1953 in Prag (Diskussionsbeitrag Hnilička). Im Hinblick auf Streiks ist in diesem Zusammenhang die vergleichsweise zurückhaltende Reaktion auf die oben erwähnte Arbeitsniederlegung in Litvínov, an der sich 2000 Arbeiter beteiligten, eine Probe aufs Exempel. Die Partei verzichtete auf die Hinzuziehung des Staatssicherheitsdienstes und die Suche nach „reaktionären Elementen“ und „Klassenfeinden“ in der Belegschaft, die in den frühen fünfziger Jahren in der Regel als vermeintliche Drahtzieher zur Rechenschaft gezogen wurden. Angeordnet wurde lediglich eine erneute Untersuchung der Tätigkeit der Betriebsleitung, und außerdem stand den Mitgliedern der Betriebszelle der KPTsch der bei solchen Anlässen übliche Ärger ins Haus, da sie sich nicht als „Herren der Situation im Betrieb“ erwiesen hatten, wie es in dem in Anm. 34 zit. Bericht heißt.

40 Vgl. Peter Heumos, Die Arbeiterschaft in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Elemente der Sozialstruktur, organisatorischen Verfassung und politischen Kultur, in: *Bohemia* 29, 1988, S. 50–72.

41 VOA ČMKOS. ÚRO-Soc., Karton 7, Inventarnummer 7/12 h. Schreiben des ZK des Verbandes der Beschäftigten im Gesundheitsdienst an die Zentrale sozialpolitische Kommission des Zentralrates der Gewerkschaften vom 11.6.1946.

schüsse des ROH ausdrücklich auf die Erste Republik – geeigneter erschienen, um die spezifischen Interessen der einzelnen Berufsgruppen wahrzunehmen.<sup>42</sup>

3. Auf die Darstellung eines typischen Verlaufs von Arbeitskonflikten mit wiederkehrenden Merkmalen ihrer Regelung soll hier verzichtet werden.<sup>43</sup> Es ist vorläufig gar nicht zu entscheiden, wie viel der KPTsch (und anfänglich auch den Gewerkschaften) überhaupt an einer verfahrensmäßigen Normierung der Regulierung von Arbeitskämpfen lag. Hinweisen darauf, daß in der Parteiführung Überlegungen in dieser Richtung angestellt wurden, wie beispielsweise in einer Diskussion mit den chinesischen Genossen in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre,<sup>44</sup> steht gegenüber, daß in der Praxis eine auf den Einzelbetrieb begrenzte Konfliktregelung vorherrschte. Dem entsprach, daß alle Versuche der Arbeiter zur Verallgemeinerung ihrer Interessen schon im Keim erstickt wurden. Dies gilt etwa für die Belegschaft einer Fabrik in Hradec Králové (1957), die einen Brief an den Präsidenten der Republik mit Beschwerden über unzureichende Löhne vervielfältigte und an andere Betriebe verschickte, die ihn ihrerseits weiterleiten sollten.<sup>45</sup> Ebenfalls im Jahr 1957 zirkulierte eine Resolution von Bauarbeitern aus Bruntál (Nordmähren) durch mehrere Bezirke; sie zielte auf eine möglichst breite Frontbildung gegen die Lohnpolitik im Bauwesen. Das rief nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch den Staatssicherheitsdienst auf den Plan.<sup>46</sup>

Auf lange Sicht lassen sich Veränderungen im Umgang mit dem industriellen Konflikt beobachten; sie betreffen die Wahrnehmung dieses Konflikts, die Verteilung der Gewichte unter den Konfliktparteien und – in engem Zusammenhang damit – den Modus der Behandlung unterschiedlicher Interessenlagen von Staatsmacht und Arbeiterschaft. Ob man deshalb schon von strukturellem Wandel sprechen kann, ob die Veränderungen als Prozeß stattfanden oder in Form einer Menge unkoordinierter Einzelereignisse, soll hier nicht erörtert werden, so klärungsbedürftig gerade die Problematik des Wandels in staatssozialistisch verfaßten Gesellschaften offensichtlich ist.<sup>47</sup>

42 Vgl. Heumos, Aspekte des sozialen Milieus, S. 355ff. Besonders nachdrücklich wurde diese organisatorische Differenzierung in der Konsumgüter- und der Metallindustrie verlangt.

43 Peter Hübner hat für die SBZ/DDR einen solchen typischen Ablauf erarbeitet. Vgl. Hübner, Identitätsmuster und Konfliktverhalten, S. 229–230. Bisher kann ich nur vermuten, daß sich der tschechoslowakische Fall von dem der SBZ/DDR nicht grundlegend unterschied. Mir liegen jedoch nur 30–40 Beschreibungen von Streiks vor, die so detailliert sind, daß sie genaue Aussagen über das Verhalten aller Konfliktparteien auf den verschiedenen betrieblichen und außerbetrieblichen Entscheidungsebenen und über ihren jeweiligen Einfluß auf die Regelung des Arbeitskampfes ermöglichen.

44 Grundsätzlich rieten die Genossen in Peking dem Sekretariat der KPTsch auf dessen Anfrage dazu, bei Streiks und anderen Protestaktionen der Arbeiter nicht zu früh einzugreifen, sondern abzuwarten, bis sich aus dem Arbeitskampf ein umfassendes Bild der Sorgen und Nöte der Arbeiter herauskristallisierte, das der Partei einen tieferen Einblick in die Bewußtseins- und Interessenlagen der Arbeiterschaft und damit die Ausarbeitung von differenzierteren Konfliktstrategien ermöglichte. SÚA. Fonds 02/2, Bd. 143, Nr. 188, 18.6.1957. Richtlinien des ZK der Kommunistischen Partei Chinas zur Regelung der Frage der Streiks von Arbeitern und Studenten.

45 SÚA. Fonds 014/12, Bd. 29, Nr. 1097, 1957/1.

46 SÚA. Fonds 014/12, Bd. 29, Nr. 1108, 1957/3. Resolution der Straßenbauarbeiter im Bezirk Litoměřice.

47 In der Literatur zur kommunistischen Tschechoslowakei dominiert seit jeher die Vorstellung, struktureller Wandel sei durch ZK-Beschlüsse (oder gegebenenfalls durch Anweisungen aus Moskau) induziert worden. Mit dem dabei verwendeten monadologischen, an den gesellschaftlichen Verhältnissen nicht relativierbaren Machtbegriff, der soziale Entwicklung auf politische Konstruktion reduziert,

Es symbolisiert den absoluten Vorrang der machtpolitischen Betrachtungsweise von Arbeitskämpfen in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, daß die sich an Streiks anschließenden Beratungen gelegentlich statt in der Fabrik am Sitz des zuständigen Bezirks- oder Kreis Ausschusses der KPTsch stattfanden.<sup>48</sup> Streiks wurden während des ersten Fünfjahresplans in parteiinternen Informationsdiensten mit terroristischen Aktionen, staatsfeindlicher Tätigkeit, Sabotage und Bluttaten in einem Atemzug genannt<sup>49</sup> und evozierten unverzüglich die politische Semantik von „Klassenfeind“, „Reaktion“, „imperialistische Agenten“ etc.<sup>50</sup> Die Gewerkschaften – seien es Vertreter ihrer Kreis-, Bezirks- oder Betriebsorganisationen – nahmen in der Regel an den Beratungen zur Beilegung von Arbeitskämpfen teil, und wo der Betriebsrat nicht die allgemeine Zustimmung besaß, wurden auch frei gewählte Arbeiterdelegierte akzeptiert, wie etwa im Januar 1952 nach einem Streik im Hüttenbetrieb der Vereinigten Stahlwerke in Kladno.<sup>51</sup> Die Überrangigkeit des Parteiapparats in der Regulierung von Arbeitskonflikten ergab sich vor allem daraus, daß sich die Parteiführung durch Entsendung von ZK-Mitgliedern zu den Verhandlungen nachdrücklich Autorität verschaffte<sup>52</sup> und streikende Arbeiter oft genug angesichts der insgesamt geringen Durchsetzungsfähigkeit und instabilen Position der Betriebsdirektoren darauf bestanden, nur mit Funktionären der Partei verhandeln zu wollen. Ein Beispiel hierfür ist der Streik (1957) von 60 Arbeitern im Gußstahlbetrieb der Molotov-Werke in Třinec.<sup>53</sup> Die herausgehobene Stellung der Partei wird nicht zuletzt dadurch dokumentiert, daß Bezirks- und Kreisfunktionäre der KPTsch auch im Alleingang – ohne Hinzuziehung der Gewerkschaften, der Betriebsräte, des indu-

---

kommt man nicht weit. Es kann dann z. B. überhaupt nicht erklärt werden, unter welchen Bedingungen sich die Bindungen eines großen Teils der Arbeiter an politische und gewerkschaftliche Organisationsstrukturen langfristig so weit lockerten, daß sich ihre betrieblichen Vertretungsorgane – darauf wurde oben schon hingewiesen – in den späten sechziger Jahren massenhaft mit einer quer zum System liegenden Programmatik aus der Verklammerung mit Partei und Gewerkschaften herauslösten.

48 Vgl. dazu den Bericht über den Streik der Textilarbeiterinnen in zwei Betrieben des Nationalunternehmens Tepna in Náchod im Juni 1954. SÚA. Fonds 02/4, Bd. 45, Nr. 2, 29.6.1954.

49 SÚA. Fonds 100/24, Bd. 59, Nr. 927, 1948. Überblick über Streiks, terroristische Aktionen und Morde, staatsfeindliche Vorgänge und Sabotage, Gerüchte und Wandschmierereien vom 1.7. bis 6.9.1948. Seit 1954 wird dann in den für Parteifunktionäre bestimmten Bulletins und Mitteilungsblättern vergleichsweise sachlich und manchmal auch kommentarlos über Protestaktionen und Streiks der Arbeiter berichtet. Vgl. beispielsweise Stranická informace Nr. 104 vom 14.10.1954 mit einem Bericht über drei Bauarbeiterstreiks in Prag. SÚA. Fonds 19/13, Bd. 3, Nr. 17, 1954.

50 Noch 1955 stand bei der Suche nach den Ursachen eines Streiks in einem metallverarbeitenden Unternehmen in Ostböhmen offenbar von vornherein fest, daß der „Sohn eines ehemaligen Millionärs“, der die Abteilung Arbeit und Löhne leitete, und ein Techniker, der vor 1948 Sekretär der nationalsozialistischen Partei gewesen war, sowie „ähnliche Elemente“ die Verantwortung für die Arbeitsniederlegung trugen. SÚA. Fonds 014/12, Bd. 18, Nr. 588, 1955. Bericht über die Ursachen des Streiks im Betrieb TOS Hostinné, Bezirk Vrchlabí.

51 SÚA. Fonds 19/13, Bd. 3, Nr. 14, 1954/1. Streik an den Konvertern der Hütte Koněv der Vereinigten Stahlwerke Kladno.

52 Vgl. dazu den in Anm. 48 zit. Bericht.

53 SÚA. Fonds 014/12, Bd. 29, Nr. 1097, 1957/1. Arbeitsniederlegungen. – Auf die Position des betrieblichen Leitungspersonals kann im vorliegenden Zusammenhang nur beiläufig eingegangen werden. Als Einstieg in dieses Thema sei verwiesen auf Lenka Kalinová, Vývoj struktury a postavení čs. průmyslových dělníků a hospodářsko-technických pracovníků v 50. letech [Entwicklung der Struktur und der Lage der tschechoslowakischen Industriearbeiter und des ökonomisch-technischen Personals in den fünfziger Jahren], in: Revue dějin socialismu 1968, Sondernummer, S. 1025–1062.

striellen Managements und staatlicher Stellen – über die Modalitäten der Regelung von Arbeitskonflikten entscheiden konnten.<sup>54</sup>

Auf betrieblicher Ebene entsprachen dieser Konstellation die bis 1953 nachweisbaren Versuche der Betriebszellen der KPTsch, die Betriebsräte und Betriebsleitungen ihrem Vorrherrschaftsanspruch zu unterwerfen.<sup>55</sup> Dagegen regte sich Widerspruch, wie die Proteste des Direktoriums und des Betriebsrates der Stahlwerke in Kladno im März 1949 zeigen.<sup>56</sup> Im Zuge dieser Auseinandersetzung, die nicht von den erwähnten Konflikten um die Demokratisierung der Betriebsratwahlen zu trennen ist, die 1953 in vielen Betrieben eskalierten,<sup>57</sup> verschoben sich die Gewichte allmählich zugunsten der Betriebsräte. So gelang es etwa bis zur Jahresmitte 1953 in den Pilsener Škoda-Werken, den Machtanspruch der kommunistischen Betriebszelle auf die ihr qua Betriebsverfassung zugewiesene Aufgabe der Kontrolle des Managements zu begrenzen.<sup>58</sup>

Im Blick auf unser Thema bedeutete dies auch eine Verlagerung der Zuständigkeit für die Regelung von Arbeitskonflikten, die nach 1953 mehr und mehr den Gewerkschaften zufiel.

Im Juni 1957 wurden die Verhandlungen zur Beilegung eines Streiks erstmals ohne jegliche Beteiligung von Parteifunktionären allein von Gewerkschaftern (und phasenweise einem Vertreter der so genannten Hauptverwaltung der betroffenen Branche) geführt, nachdem in Jičín 200 Gießereiarbeiter zwei Tage lang gestreikt hatten.<sup>59</sup> Zugleich tendierte die Entwicklung zu betriebsinternen Regelungen, d. h. zur Reduzierung der Eingriffe höherer Gewerkschaftsorgane und einer entsprechenden Stärkung der Position der betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen. Bei einem Streik im ostböhmisches Slatiňany im März 1960 hielt der Betriebsausschuß des ROH bereits alle Fäden in der Hand, holte zwar noch den Rat des Kreis Ausschusses der zuständigen Gewerkschaft ein, verhandelte aber im übrigen mit der Betriebsleitung in eigener Regie, wobei auch die KPTsch-Betriebszelle nur insofern in Erscheinung trat, als sie auf Anordnung des Vorsitzenden des Betriebsausschusses des ROH den Fabrikdirektor veranlaßte, die für die Verhandlungen benötigten Akten offenzulegen.<sup>60</sup>

- 
- 54 SÚA. Fonds 19/13, Bd. 3, Nr. 18, 1955/4. Streik in der Gießerei der Maschinenbaufabrik in Hořovice. – Ebd., 1955/5. Streik in der Glasfabrik Otovice im Bezirk Kralupy nad Vltavou. – ebd., Bd. 4, Nr. 20, 1955/10. Streik im Nationalunternehmen Armabeton in Prag.
  - 55 Für den mährischen Bezirk Jeseník, wo diese Strategie in großem Maße erfolgreich war, vgl. den Bericht des Kreisgewerkschaftsrates Olomouc an den Zentralrat der Gewerkschaften vom 12.4.1950. VOA ČMKOS. KOR, Karton 14/1950, Inventarnummer 59.
  - 56 SOA. SONP Kladno, 1949–1960, Nr. 10. Protokoll der Konferenz der kader- und sozialpolitischen Abteilung [der Vereinigten Stahlwerke Kladno] im Unternehmensdirektorium am 15.3.1949 (Stellungnahmen Anzenbacher und Zvonář).
  - 57 SÚA. Fonds 02/3, Bd. 40, Nr. 224, 22.6.1953. Bericht über die Untersuchung der Tätigkeit der Betriebsorganisation der Partei in den Werkstätten der Tschechoslowakischen Staatsbahnen Česká Lípa am 21.–22.5.1953.
  - 58 Škoda-Archiv. ZVIL 945/ZU 507. Untersuchung im Blechpreß-Werk (Juni 1953).
  - 59 VOA ČMKOS. ÚRO-PaM, Karton 8, Berichte der Lohnabteilung. Aufzeichnung für den Genossen Hnilička vom 20.6.1957. Arbeitsniederlegung in der Gießerei des Nationalunternehmens Agrostroj Jičín.
  - 60 VOA ČMKOS. Strojirenství, Karton 49, 1960, Faszikel 3. Bericht über die Untersuchung der Gründe der Arbeitsniederlegung in den Verarbeitungswerkstätten des Nationalunternehmens THZ Vysoké Mýto, Betrieb Slatiňany, am 4.3.1960. Der Betrieb beschäftigte 155 Arbeiter, davon streikten 66. Ein Beschluß des zuständigen Kreis Ausschusses des Gewerkschaftsverbandes Maschinenbau vom 8.3.1960 stimmte dem Verhandlungsergebnis in Slatiňany ausdrücklich zu.

Auf diesem Wege gewann die Austragung des industriellen Konflikts ein Stück Tradition zurück. Erstmals im Oktober 1953, nach einem Streik in den Bergwerken um Rožňava im Südosten der Slowakei, wurden inoffiziell Bargaining-Methoden in die Verhandlungen eingeführt, die auf den unteren Ebenen des Parteiapparats anfangs zähneknirschende Kommentare hervorriefen,<sup>61</sup> in der Folgezeit aber – so auch bei dem oben genannten Streik in Jičín – einen festen, wenn auch nicht durch ein legales *Procedere* gestützten Bestandteil der Regelung von Arbeitskämpfen bildeten.<sup>62</sup> Die Verbesserung des Verhandlungsklimas hing wohl in der Tat zuallererst mit der rückläufigen Präsenz der Parteifunktionäre zusammen, die oft mit Brachialgewalt drohten, wie im Sommer 1951 in der Motorenhalle der Brünnener Waffenwerke, als ein KPTsch-Funktionär angesichts des Boykotts höherer Arbeitsnormen erklärte, man brauche einen „zweiten Februar“, der es erlauben würde, „die Flinte zu nehmen und alles zusammenzuschießen“. Im anschließenden wilden Tumult ging jeder Versuch einer Klärung der Streitfrage unter.<sup>63</sup> In einem anderen Sinne war das Eingreifen vor allem hoher Partei- und Regierungsfunktionäre in Arbeitskonflikte für die KPTsch von Anfang an ambivalent. Die Entsendung von ZK-Mitgliedern, Ministern und ihren Stellvertretern und anderen hohen Repräsentanten der Ministerialbürokratie – besonders häufig in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre – ermöglichte der Partei einerseits Konsensbildung über paternalistisch stilisiertes Handeln, da die Intervention von Autoritäten im Streikfall – wie oben schon angedeutet – nicht selten von den Streikenden verlangt wurde. Im Oktober 1956 – um uns mit einem Hinweis zu begnügen – verhandelten die Bergleute der Grube Stalingrad im nordböhmischen Braunkohlerevier, die gegen Nacharbeit am Samstag streikten, unter Tage mit dem Minister für das Energiewesen, den sie als Verhandlungspartner angefordert hatten.<sup>64</sup> Auf der anderen Seite betrieb die Parteiführung auf diese Weise eine Aufwertung des Streiks, an der ihr auf lange Sicht nicht gelegen sein konnte, denn im Enttäuschungsfall schlugen die politischen Folgekosten – da die zentralistische Struktur der Kompetenzallokation keine Zuweisung dieser Kosten an ein „Subsystem“ erlaubte – auf sie selbst, gegebenenfalls auf das Regime als Ganzes zurück.

Vor dem Hintergrund dieses Dilemmas ist die informelle Vereinbarung zwischen Partei- und Gewerkschaftsführung vom 6. Juli 1953 zu sehen, mit der die bereits im Gesetzblatt veröffentlichte Regierungsverordnung vom 3. Juni 1953, die für Absenz vom Arbeitsplatz und Fluktuation strafrechtliche Konsequenzen androhte, auf Drängen der Gewerkschaften wieder zurückgezogen wurde. Dem Agreement zufolge sollten nun die Gewerkschaften selbst die „volle Verantwortung“ für die beiden zentralen industriellen Probleme überneh-

- 
- 61 SÚA. Fonds 014/12, Bd. 10, Nr. 132, 1953/10. Streik der Bergarbeiter in den Gruben um Rožňava.
- 62 Vgl. dazu das in 31 Punkten niedergelegte Ergebnis der mehrtägigen Verhandlungen zwischen der Betriebsleitung und dem Betriebsausschuß des ROH einer Leinenfabrik im slowakischen Revúca, in der Anfang April 1968 etwa 200 Leinweberinnen und Leinweber gestreikt hatten. VOA ČMKOS. Spotřební průmysl, Karton 128, 1968. Aufzeichnungen aus dem Aktiv der Meister, Techniker und Funktionäre im Nationalunternehmen LTZ Revúca am 5. und 9.4.1968.
- 63 VOA ČMKOS. ÚRO-Org., Karton 110, Inventarnummer 385 b. Bericht des Instruktors des Kreisgewerkschaftsrates Brno-Gottwaldov, Motl, über den Verlauf der Überprüfung der Arbeitsnormen vom 18.7.1951.
- 64 SÚA. Fonds 014/12, Bd. 24, Nr. 869, 1956/10. Bericht über die Situation im nordböhmischen Braunkohlerevier und in der Grube Stalingrad in Březánky im Zusammenhang mit der Verkürzung der Arbeitszeit.

men.<sup>65</sup> Im Blick auf die hohe Streikfrequenz und den permanenten industrial unrest während des ersten Fünfjahresplans, der sich – wie im Verlauf der landesweiten Arbeitsnormenüberprüfungen 1950–1952 – am Rande offenen Aufruhrs bewegen konnte und schließlich in der Juni-Revolte 1953 kulminierte, ist die Vereinbarung vom 6. Juli 1953 als Versuch zu verstehen, den „abweichenden“ industriellen Handlungskontext von politisch-ideologischem Konformitätsdruck relativ freizusetzen und segmentär zu kanalisieren.<sup>66</sup> Das Agreement ratifizierte unausdrücklich auch erste Schritte (Demokratisierung der Betriebsratwahlen), die lange vorher zur Befriedung des industriellen Milieus eingeleitet worden waren.<sup>67</sup>

An die Verschiebung der Kompetenzallokation bei der Regelung des industriellen Konflikts kann die Frage der Sanktionen angeschlossen werden, die gegen streikende Arbeiter verhängt wurden. In diesem Punkt wissen wir allerdings noch wenig, abgesehen von der gerichtlichen Verfolgung derjenigen Arbeiter, die 1951 in Brünn und 1953 in Pilsen, Prag, Ostrava und anderswo in vielen Fällen zu Gefängnisstrafen zwischen fünf und zehn Jahren verurteilt wurden, wobei die Parteiführung auch auf Schauprozesse, wenngleich kleineren Formats, nicht verzichtete.<sup>68</sup> Ungeklärt ist, wie viele Arbeiter wegen Beteiligung an Streiks in Zwangsarbeitslager kamen, in denen 1948–1954 wahrscheinlich mehr als 10 000 Arbeiter einsaßen.<sup>69</sup> Das gleiche gilt für die etwa 30 000 Arbeiter, die 1948–1952 vor die eigens für politische Delikte gegründeten Staatsgerichte in Prag und Brünn gestellt worden sind.<sup>70</sup> Außergerichtliche Sanktionsberechtigung lag im Betrieb auch bei ad hoc gebildeten Arbei-

---

65 Die Texte der Regierungsverordnung, des Beschlusses des Zentralrates der Gewerkschaften vom 6.7.1953 und der Vereinbarung zwischen der Regierung und dem Vorstand des Zentralrates der Gewerkschaften sind vollständig abgedruckt in: Odborář 5, 1953, S. 10–13 und 616–617. – Zur gesamten Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaften, Partei und Regierung um die Regierungsverordnung vom 3.6.1953 vgl. die Studie von Dalibor Státník, Sankční pracovní právo v padesátých letech: Vládní nařízení o opatřeních proti fluktuaci a absenci č. 52/1953 Sb. [Arbeitsrecht und Sanktionen in den fünfziger Jahren: Die Regierungsverordnung über Maßnahmen gegen Fluktuation und Absenz Nr. 52/1953 Sb.], Praha 1994.

66 Peter Heumos, Stalinismus in der Tschechoslowakei. Forschungslage und sozialgeschichtliche Anmerkungen am Beispiel der Industriearbeiterschaft, in: Journal of Modern European History 2, 2004, H. 1, S. 96.

67 Zumindest insofern kann man die durch das Agreement vom 6.7.1953 bezeichnete politisch-soziale Wende im industriellen Bereich nicht mit dem so genannten Neuen Kurs in Verbindung bringen, den Moskau im Herbst 1953 installierte. Zu dessen Vorbereitung in der Tschechoslowakei – zu erwähnen sind die Augustthesen des Politischen Sekretariats des ZK der KPTsch und die ZK-Sitzung am 4.9.1953 – vgl. die erwähnte Darstellung von Pernes, Snahy o překonání, S. 18ff.

68 Für Brünn vgl. die in Anm. 27 zit. Untersuchung von Pernes. – Zur gerichtlichen Verfolgung nach der Währungsreform für die gesamte ČSR s. Karel Kaplan/Jana Váchová, Perzekuce po měnové reformě v Československu v roce 1953. Dokumenty [Verfolgung nach der Währungsreform in der Tschechoslowakei im Jahr 1953. Dokumente], Praha 1993.

69 In der einschlägigen Literatur finden sich keine entsprechenden Hinweise. Vgl. Mečislav Borák/Dušan Janák, Tábory nucené práce v ČSR 1948–1954 [Zwangsarbeitslager in der ČSR 1948–1954], Šenov 1996.

70 Im Rahmen des eingangs genannten Forschungsprojekts hat Eva Hošková aus den Registraturen der beiden Staatsgerichte den Anteil der verurteilten Arbeiter ermittelt. In den Registraturen wird – soweit es um die Art der Straftat geht – lediglich der Paragraph des Strafgesetzbuches angeführt, der im jeweiligen Fall auf den zugrunde gelegten Tatbestand angewendet wurde. Da das Strafgesetzbuch keinen „Streikparagraphen“ kannte, wird noch geklärt werden müssen, ob Beteiligung an Streiks unter anderen Vergehen (etwa unter „Sabotage“) erfaßt wurde, wofür es verstreute Anhaltspunkte gibt.

terkommissionen, deren Spruchpraxis gegen Streikende – wie 1953 in Pilsen – auf Lohnsenkung und berufliche Deklassierung abstellte.<sup>71</sup> Die Zahl der zwischen 1948 und 1968 auf diese Weise verfolgten Personen, die auf 100 000 geschätzt wird,<sup>72</sup> läßt sich allerdings nicht nach den einzelnen „Vergehen“ aufschlüsseln.

Obwohl also viele Fragen offen sind, kann man bei der Strafverfolgung streikender Arbeiter eine Entwicklung beobachten, die Zusammenhänge mit dem allmählichen Rückzug der Partei aus der Beilegung industrieller Konflikte nahelegt. Das betrifft einmal die Rolle des Staatssicherheitsdienstes, dessen Angehörige zunächst sogar an Streikverhandlungen teilnahmen, wie im Oktober 1948 im Anschluß an einen Streik in drei Werkstätten einer Glasfabrik in Krásno nad Bečvou.<sup>73</sup> In dieser frühen Phase war die Einbeziehung des Staatssicherheitsdienstes, der schon vor der kommunistischen Machtübernahme auch das betriebliche Milieu durch seine Informanten beobachten ließ und in die Untersuchung und Regelung industrieller Konflikte eingeschaltet wurde,<sup>74</sup> allerdings nicht durchweg gleichbedeutend mit polizeistaatlichem Terror: Streik sei nach geltendem Recht kein strafrechtlicher Tatbestand, schrieb ein Mitarbeiter der Landessicherheitsabteilung (ZOB) in Ostrava in seiner Analyse einer Arbeitsniederlegung an den Walzstraßen der Eisenwerke Vítkovice im August 1948.<sup>75</sup> Auf der anderen Seite ging der Staatssicherheitsdienst – in den frühen fünfziger Jahren zur repressiven Flankierung des sozialistischen Aufbaus auch als „Ideologiepo-

- 
- 71 Vgl. dazu die Liste mit 375 Namen von Beschäftigten der Pilsener Škoda-Werke, die wegen ihrer Beteiligung an dem Streik und/oder der Teilnahme an der Demonstration in Pilsen am 1.6.1953 von der Arbeiterkommission des Werkes belangt wurden. Insgesamt 54 Arbeiter wurden fristlos entlassen, 56 auf schlechtere Arbeitsplätze innerhalb des Betriebes umgesetzt. Überwiegend bestand die Strafe darin, daß die Delinquenten Lohnneinbußen hinnehmen mußten, indem sie von Handarbeit (mit zumeist „weichen“ Normen) auf Arbeitsplätze an Maschinen überführt wurden, wo die Arbeitsintensität in der Regel höher lag, die Normen daher weniger leicht überschritten werden konnten. Škoda-Archiv. ROH 16/ETD 35.
- 72 VOA ČMKOS. ÚRO-Sekr., Karton 359, Inventarnummer 1399 I/2. Stellungnahme des Zentralrates der Gewerkschaften zum Entwurf der Grundsätze eines Gesetzes über außergerichtliche Rehabilitierung (vorgelegt am 28.6.1968).
- 73 AKPR, Prag. Inventarnummer 2339/C. Schreiben des Nationalunternehmens Tschechoslowakische Glasbetriebe an die Kanzlei des Präsidenten der Republik vom 22. und 30.10.1948. Streik im Nationalunternehmen Böhmischemährische Glaswerke, Betrieb Krásno nad Bečvou.
- 74 Der politische Nachrichtendienst des Staatssicherheitsdienstes stützte sich schon 1946 offenbar vor allem in den großen Betrieben auf ein Netz von Informanten. Vgl. dazu das Schreiben des Innenministeriums an das Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge vom 30.4.1946 über Unruhen und drohende Streiks in den Pilsener Škoda-Werken, von denen der politische Nachrichtendienst aus seinen „eigenen Quellen“ Kenntnis erhalten habe. Der dem Schreiben in Abschrift beiliegende Bericht eines Informanten über einen Streik in dem Pilsener Werk am 26.3.1946 läßt auf einen Insider schließen. SÚA. MPSP. A II, A III/dáv. 1946–1950. Im November 1947 wurde der Staatssicherheitsdienst zur Untersuchung der Hintergründe einer Arbeitsniederlegung in einem mährischen Bergwerk herangezogen. VOA ČMKOS. NHK, Karton 82, Inventarnummer 218. Schreiben der Landessicherheitsabteilung (ZOB) des Landesnationalausschusses Prag an den Zentralrat der Gewerkschaften vom 22.1.1948. Im Herbst 1947 wurden nach einem Bauarbeiterstreik in Žilina Mitarbeiter der Bezirksbehörde des Staatssicherheitsdienstes an den Verhandlungen mit den Streikenden beteiligt; sie sagten zu, sich für die Forderungen der Arbeiter einzusetzen. VOA ČMKOS. Organizační oddělení, Karton 28, Inventarnummer 125. Schreiben des Kreisgewerkschaftsrates Žilina an den Zentralrat der Gewerkschaften vom 31.12.1947.
- 75 VOA ČMKOS. ÚRO-Org., Karton 47, Inventarnummer 173. Als Anlagen zu dem Abschlußbericht vom 11.10.1948 sind unter dieser Signatur auch zehn Verhörprotokolle mit am Streik beteiligten Arbeitern abgelegt.

lizei“ eingesetzt – fallweise so rigoros gegen Arbeiter vor, daß er sich von anderen staatlichen Organen vorhalten lassen mußte, zu wenig „Klassenbewußtsein“ zu besitzen.<sup>76</sup> Bei Streiks bestand seine Aufgabe darin, deren Hintergründe zu untersuchen, wobei in erster Linie die beteiligungsstarken Arbeitskonflikte in Betracht kamen, beispielsweise der Streik in sämtlichen Prager Kohlenlagern im Juli 1955, der während der Spartakiade stattfand, gut organisiert war und daher alle Partei- und Gewerkschaftsorgane der Landeshauptstadt in hektische Betriebsamkeit versetzte. Die von den lokalen KPTsch-Organisationen eingeleitete Untersuchung kam nicht recht voran, daraufhin wurde der Staats Sicherheitsdienst hinzugezogen.<sup>77</sup> Aus den Quellen läßt sich nicht herauslesen, wieweit geheimdienstliche Erkenntnisse in die Sanktionen gegen Streikteilnehmer einfließen,<sup>78</sup> und in welchem Maße sich sicherheitsdienstliche Aktivitäten bei Arbeitskämpfen der Kontrolle durch die Partei entzogen. Ende Juni 1953 kritisierten drei Abteilungen des ZK der KPTsch erstmals die Art des Vorgehens des Sicherheitsdienstes bei der Regelung industrieller Konflikte, der aus ihrer Sicht die politischen Aspekte überhaupt nicht beachtete und zu bloß „administrativen“ Maßnahmen neigte.<sup>79</sup> Nach 1953 ist allerdings zu erkennen, daß der Staats Sicherheitsdienst nur auf entsprechende Anweisung der Kreis- oder Bezirksausschüsse der Partei bei Arbeitskonflikten tätig wurde, so im August 1957 in einer Zementfabrik im Bezirk Teplice, deren Belegschaft sich durch besondere Streiklust auszeichnete. Der KPTsch-Bezirksausschuß wies „die Genossen von der Staatssicherheit an, festzustellen, wer und was für Leute immer an der Spitze dieser Aktionen stehen“.<sup>80</sup> Einige Monate nach diesem Streik in Řetenice, im Februar 1958, fand in einem südmährischen Kohlenbergwerk im Revier Hodonín der – soweit zu sehen – letzte Arbeitskampf statt, in dessen Regulierung der Staatssicherheitsdienst eingriff.<sup>81</sup> In der Tat sprechen alle Indizien dafür, daß die zahlreichen Streiks im Juli 1953, einen Monat nach der großen Juni-Revolution, dem Staatssicherheitsdienst die letzte Gelegenheit zu größeren Aktionen boten.<sup>82</sup> Er behielt jedoch, jedenfalls gegenüber den Gewerkschaften, einen Informationsvorsprung: So ließ der Innenminister die nichts ahnenden Führungsgremien des ROH im Oktober 1956 wissen, daß in den Eisenwerken Třinec ein Streik ausgebrochen sei.<sup>83</sup> Zu dieser Zeit war die Furcht vor den Sicherheitskräften im

76 Peter Heumos, Industriearbeiter in der Tschechoslowakei 1945–1968. Ergebnisse eines Forschungsprojekts, in: *Bohemia* 44, 2003, S. 163.

77 SÚA. Fonds 014/12, Bd. 19, Nr. 616, 1955/7. Bericht über die Einführung des neuen Akkordlohn tariffs in den Prager Kohlenlagern.

78 Den einschlägigen Berichten zufolge besaßen KPTsch und Gewerkschaften auf Betriebsebene im Streikfall eine je eigene Sanktionsberechtigung. Gegen Arbeiter, die Mitglied der Partei waren und an Streiks teilgenommen hatten, leitete die Betriebsorganisation der KPTsch in den fünfziger Jahren meistens ein Disziplinarverfahren nach Maßgabe des Parteistatuts ein. Für alle anderen Streikteilnehmer lag die Sanktionsberechtigung bei der betrieblichen Gewerkschaftsgruppe. Vgl. dazu den in Anm. 51 zit. Bericht über einen Streik in den Vereinigten Stahlwerken Kladno.

79 SÚA. Fonds 02/3, Bd. 40, Nr. 224, 22.6.1953. Bericht über die Untersuchung der Arbeit der betrieblichen Organisation der Partei in den Werkstätten der Tschechoslowakischen Staatsbahnen in Česká Lípa am 21. und 22.5. 1953.

80 SÚA. Fonds 014/2, Bd. 29, Nr. 1150, 1957/9. Rubrik „Verschiedenes“.

81 SÚA. Fonds 014/12, Bd. 31, Nr. 9228, 1958/2. Arbeitsniederlegung in der Grube Verteidiger des Friedens in Hovorany.

82 VOA ČMKOS. Informační bulletin (10.7.1953).

83 VOA ČMKOS. ÚRO-Sekr. II, Karton 66, Inventarnummer 216/3. Stenographisches Protokoll der Beratung der Vorsitzenden der Gewerkschaftsverbände und der Abteilungsleiter des Zentralrates der

Streikfall hier und da noch vorhanden. Die erwähnten Bergleute der Grube Stalingrad legten während ihres Streiks im Oktober 1956 eine Resolution mit der Forderung vor, die Organisatoren des Streiks dürften nicht vom Staatssicherheitsdienst belangt werden, wie dies 1950 der Fall gewesen war.<sup>84</sup>

Die Sanktionspraxis muß gerade unter dem ersten Fünfjahresplan auch vor dem Hintergrund der klassenpolitischen Exkulpationsklausel für Arbeiter gesehen werden, die zwar – wie oben am Beispiel der Repressionen des Staatssicherheitsdienstes angedeutet – nicht unantastbar war,<sup>85</sup> der Justiz aber offensichtlich als feste Leitlinie diente. Als das Brünner Staatsgericht Ende 1951 die Organisatoren und Wortführer der lokalen Streiks und Protestaktionen im November des gleichen Jahres aburteilte, wurde als Hauptverantwortlicher ein „Kulakensohn“ und ehemaliger Beamter „ermittelt“, der sich während der Unruhen zufällig in Brünn aufgehalten hatte.<sup>86</sup> In den neun Prozessen vor dem Kreisgericht Pilsen im Juni 1953 gegen Teilnehmer an der örtlichen Revolte nach der Währungsreform wurde zwar die höchste Strafe (14 Jahre Gefängnis) gegen einen Maschinenbauer genuin proletarischer Herkunft verhängt. In vielen Fällen hielt sich das Gericht jedoch bei der Suche nach den Drahtziehern an die staatspolitische Privilegierung der Arbeiterklasse und richtete seine Repressionen gegen diejenigen Arbeiter, die anderen sozialen Klassen entstammten: gegen den Sohn eines Leiters mehrerer „Amüsiertbetriebe“ und die Tochter eines „Kulaken“, gegen die Inhaberin eines Tabakladens und einen (nebenberuflichen) „Kulissenschieber“.<sup>87</sup>

Andererseits leiteten gerade diese Prozesse zu einem Kurswechsel über, zu einem langsamen „Realistischwerden“ der Parteiführung im Umgang mit Arbeiterprotesten in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre. Die ernüchterte Feststellung des Präsidenten der Republik, Zápotocký, unter dem unmittelbaren Eindruck der großen Juni-Streikwelle, daß man es mit dem „Arbeiterkult“ im Zuge des sozialistischen Aufbaus übertrieben habe,<sup>88</sup> hatte in diesem Sinne durchaus programmatischen Charakter. Die in der Folgezeit eher sachliche parteiinterne Berichterstattung über Streiks,<sup>89</sup> deren, wie erwähnt, schwindende politische Intensität durch den allmählichen Rückzug der Partei aus dem industriellen Konflikt bei

---

Gewerkschaften über die Aufgaben der Gewerkschaften nach der Sitzung des ZK der KPTsch am 3.10.1956. Im Gegensatz zur KPTsch, die sich regelmäßig zumindest vor Parteikongressen ein Meinungsbild ihrer Mitglieder verschaffte, verfügte die Einheitsgewerkschaft über keinerlei Informationskanäle formeller oder informeller Art, die mit einer gewissen Konstanz Informationszufuhr von „unten“ nach „oben“ gewährleisten konnten.

84 Vgl. dazu den in Anm. 64 zit. Bericht.

85 Dies galt neben dem Staatssicherheitsdienst auch für die unteren Ebenen der Verwaltung. So scherten sich beispielsweise die Sicherheitsreferenten der Bezirksnationalausschüsse, die für die Vorschläge zur Einweisung in die Zwangsarbeitslager zuständig waren, sehr zum Unwillen der Parteiführung wenig darum, daß in die Lager „Klassenfeinde“ und Personen „bourgeoiser Herkunft“ eingewiesen werden sollten, sondern sorgten dafür, daß in großer Zahl Arbeiter interniert wurden, die sich kleinerer Vergehen schuldig gemacht hatten. Vgl. dazu die Studie von Borák/Janák, Táborý, S. 77.

86 Pernes, Brno 1951, S. 30f.

87 AMV. Inventarnummer H-193, Währungsreform. Berichte der Kreisverwaltung des Staatssicherheitsdienstes in Pilsen für die Hauptverwaltung des Staatssicherheitsdienstes in Prag über die Prozesse gegen die Demonstranten am 13., 14., 15., 16., 17., 20., 21. und 22.7.1953.

88 So in seiner Rede vor den Kreissekretären der KPTsch, den Sekretären der KSS, den Abteilungsleitern des ZK der KPTsch und führenden Vertretern der gesellschaftlichen Organisationen am 11.6.1953 auf der Prager Burg. Vollständiger Text der Rede bei Musilová, Měnová reforma 1953, S. 123–138.

89 Vgl. Anm. 49.

gleichzeitiger Verlagerung der Zuständigkeit für Arbeitskämpfe auf die Gewerkschaften, die auf Streiks mit betrieblicher Ursachenforschung und nicht mit Verschwörungstheorien reagierten<sup>90</sup> – dies sind Anzeichen einer relativen Normalisierung und ideologischen Entdramatisierung industrieller Konflikte, die wohl auch erklären, weshalb sie nun ihren mobilisierenden Effekt über die Fabrikture hinaus auf andere Bevölkerungsgruppen verloren.

4. Die tschechischen und slowakischen Arbeiter besaßen auf Betriebsebene eine starke Stellung; das unterschied sie nicht von anderen sozialistischen Ländern.<sup>91</sup> Die Streiks bestätigen dies insofern, als die Arbeiter langfristig immer weniger Konfliktmacht mobilisieren mußten, um immer mehr Konfliktthemen diskussions- und regelungswürdig zu machen.<sup>92</sup> Anders als die Intellektuellen und die Beschäftigten der Dienstleistungsgewerbe (beispielsweise die Friseure), die in berichtenswertem Ausmaß nur dann vorzuprellen pflegten, wenn die Machtapparate Symptome der Erschlaffung zeigten,<sup>93</sup> kalkulierten die Arbeiter nicht – die hohe Streikfrequenz in den Jahren gewaltbereiter kommunistischer Herrschaft ist der Beleg dafür –, ob die Machtverhältnisse Neinsagen aussichtsreich und Konflikte riskierbar erscheinen ließen, auch wenn der Terror des Systems im Alltag bis in beiläufige Wortwechsel hinein präsent war<sup>94</sup> und man sich gelegentlich Mut machen mußte. Meistens traten die Arbeiter in Konfliktsituationen selbstbewußt auf. Streiks wurden obendrein zu Provokationen genutzt.<sup>95</sup> Daß die Bergarbeiter in den Gruben um Most im Juli 1953, einen Monat nach der Niederwerfung der Juni-Revolve, erneut die Arbeit niederlegten und mit ihrem Protest zudem an die Öffentlichkeit gingen,<sup>96</sup> steht im gleichen Zusammenhang einer herausfordernden Mißachtung der Sanktionsmacht des Regimes.

Oft kann man eine hohe Beliebigkeit des Anfangens von industriellen Konflikten beobachten; darin drückten sich zufällige außerbetriebliche Erfahrungen aus: Die gesamte

---

90 Es belegt den „Klimawechsel“ im Umgang mit Streiks nach 1953, daß nun auch der Staatssicherheitsdienst, wenn er noch zu Untersuchungen der Hintergründe von Arbeitsniederlegungen herangezogen wurde, jedenfalls in diesem Kontext von seiner wahnhaften Sicherheitsdoktrin abrückte und seine Nachforschungen auf reale Zusammenhänge und die tatsächlichen Akteure des Arbeitskampfes konzentrierte. Vgl. den Bericht über eine Arbeitsniederlegung in einer Maschinenbaufabrik im nordböhmisches Varnsdorf im Dezember 1954. SÚA. Fonds 014/12, Bd. 15, Nr. 422, 1954/12.

91 Für die DDR s. Hübner, Identitätsmuster und Konfliktverhalten, S. 242.

92 In den Brüner Waffenwerken bedurfte es 1951 eines 14tägigen Bummelstreiks und anderer ständig wiederholter Protesthandlungen, ehe der Kreisausschuß der KPTsch den Konfliktanlaß (zusätzliche Lebensmittelkarten) überhaupt zur Kenntnis nahm und auf die Liste seiner „politikfähigen“ Themen setzte. Vgl. dazu den in Anm. 63 zit. Bericht. Dagegen führten die durch einen Streik unterstützten Lohnforderungen von 200 Leinweberinnen und Leinwebern im slowakischen Revúca im April 1968 (s. Anm. 62) ad hoc zu einer von der betrieblichen Gewerkschaftsgruppe und der Betriebsleitung aus eigener Initiative eingeleiteten gründlichen Rationalisierung des gesamten Produktionsprozesses und der Arbeitsorganisation, die alle für eine Anhebung des Lohnniveaus in Frage kommenden Faktoren erfaßte.

93 Zu Streikdrohungen der Pilsener Friseure im Herbst 1957, als sich die städtische Verwaltung offensichtlich in der Defensive gegen die Politik der Gewerkschaften befand, s. den Bericht der Abteilung Arbeit und Löhne des ZK des Gewerkschaftsverbandes der Beschäftigten der Kommunalbetriebe für die Sitzung des Präsidiums des Verbandes am 11.10.1957. VOA ČMKOS. MH, Karton 16, Fasz. 1, 1957.

94 Vgl. Heumos, Stalinismus in der Tschechoslowakei, S. 90.

95 Vgl. Heumos, Industriearbeiter in der Tschechoslowakei, S. 164.

96 VOA ČMKOS. Informační bulletin (10.7.1953). Im Bezirk Most veranstalteten die Bergleute aus der Grube Vrbenský einen Protestmarsch durch die umliegenden Dörfer.

Nachtschicht der Textilfabrik Mileta in Hořice schwänzt im Oktober 1953 die Arbeit, um sich beim Tanz auf einer Kirmes zu vergnügen, und am nächsten Morgen streikt sie gegen Nachtarbeit.<sup>97</sup> Ihr Streik habe ihnen „gewaltigen Spaß“ gemacht, sagten Textilarbeiterinnen in Frýdek-Místek dem Sekretär des Bezirksgewerkschaftsrates im August 1948.<sup>98</sup> Die kritische Sicht der lebensweltlichen Überformung der Arbeitssphäre in staatssozialistischen Gesellschaften<sup>99</sup> ist eine Sache. Eine andere ist, daß diese Entgrenzung die immense Häufigkeit industrieller Konflikte miterklärt; sie zeigt eine Verhaltenssicherheit, die nur mit betrieblichen Milieus in einen plausiblen Zusammenhang gebracht werden kann, die stabile Ablehnungspositionen ermöglichten und gerade nicht der Ort rigider Anweisungsunterworfenheit und totalitärer Kontrolle waren.<sup>100</sup>

Grundmuster des Konfliktverhaltens der Arbeiter im Streikfall wie bei anderen Formen des Protests war – lange vor der inoffiziell akzeptierten Einführung von Bargaining-Methoden in Arbeitskämpfe – eine *do ut des*-Position, deren konstantes Durchhalten vermuten läßt, daß vor allem sie die Reproduktionschancen von Arbeitskonflikten trug. Durften die Bergarbeiter nicht zum vereinbarten Zeitpunkt ihren Urlaub antreten, sank die Arbeitsleistung.<sup>101</sup> Sollte billigeres gutes Brot nicht ausreichend vorhanden sein, sagten die Arbeiter in den chemischen Werken in Ústí nad Labem, werde sich das bei der nächsten Kampagne zur Erhöhung der Arbeitsnormen bemerkbar machen.<sup>102</sup> Die Liste solcher Beispiele läßt sich beliebig verlängern. Daß hinter der Zurückweisung bloßer Herrschaftsunterworfenheit zugleich der Anspruch auf Entscheidungsmitwirkung stand, kann man daran sehen, daß zahlreiche Streiks deshalb ausbrachen, weil Maßnahmen der Betriebsleitung ohne vorherige Erörterung mit den Arbeitern verfügt wurden, so in den Walzwerken in Chomutov (1950), in einer Fabrik in Hostivař (1951), in der Gießerei der Pilsener Škoda-Werke (1953), im Unternehmen Fruta in Znojmo (1956) und ebenfalls 1956 in der Glasfabrik Karolinka im Bezirk Vsetín.<sup>103</sup> Im Bergbau, wo die Freiheit zum Konfliktverhalten so groß war, daß sich

---

97 SÚA. Fonds 02/4, Bd. 54, Nr. 22, 5.10.1954. Bericht über den Streik im Nationalunternehmen Mileta 01, Hořice, und die Situation bei der Durchführung der Anweisung des Ministers für Brennstoffe und Energiewesen vom 8.10.1953.

98 Vgl. dazu den in Anm. 32 zit. Bericht.

99 Vgl. dazu etwa Ralph Jessen, *Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 21, 1995, S. 108.

100 Dem historiographischen *goût populaire* des Kalten Krieges folgend, gibt es die Tendenz, eben Letzteres vorauszusetzen, immer noch in reichem Maße, weil normative Machtansprüche der KPTsch und der Machtapparate überhaupt diskussionslos mit einem tatsächlichen ubiquitären Verfügkönnen über die Gesellschaft gleichgesetzt werden. Vgl. Jindřich Madrý, *Entscheidungsfindung in der Tschechoslowakei nach Stalins Tod*, in: Jan Foitzik (Hg.), *Entstalinierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen*, Paderborn 2001, S. 215.

101 SÚA. Fonds 100/1, Bd. 15, Nr. 96, Informační služba 34/1950. Leistungsabfall im Revier Ostrava-Karviná nach dem Tag der Bergarbeiter.

102 SÚA. Fonds 014/11, Bd. 6, Nr. 70, 1950/12, Informační služba 46/1950, S. 3.

103 VOA ČMKOS. ÚRO-Org., Karton 103, Inventarnummer 353. Auszug aus den Meldungen der Instrukteure der Kreisgewerkschaftsräte, Nr. 2/1950 (Kreisgewerkschaftsrat Prag). – VOA ČMKOS. ÚRO-Org., Karton 105, Inventarnummer 382. Bericht des Instrukteurs des Kreisgewerkschaftsrates Prag für den Monat Januar 1951. – Škoda-Archiv. ZVIL 1452/PV 382. Bericht über den Verlauf der Überprüfung der Normen [Januar 1953]. – VOA ČMKOS. ÚRO-PaM, Karton 8. *Berichte der Abteilung Löhne*. – SÚA. Fonds 014/12, Bd. 23, Nr. 847, 1956/8. Rubrik „Verschiedenes“.

Streiks nicht immer trennscharf ausmachen lassen,<sup>104</sup> reichte in Bekanntmachungen der Grubenleitung manchmal das Wort „Anordnung“, um Arbeitsverweigerung zu provozieren.<sup>105</sup>

Soziale Grundlage der starken Stellung der Arbeiter im Betrieb war zuallererst ihre geringe Lohndifferenzierung; sie wird für das Jahr 1964 in der folgenden Tabelle dargestellt, die sich allerdings nicht allein auf die Industrie, sondern auf den gesamten sozialistischen Sektor der Volkswirtschaft (ohne landwirtschaftliche Einheitsgenossenschaften) bezieht.<sup>106</sup>

Monatliches Arbeitseinkommen	Beschäftigte insgesamt in %	Männer in %	Frauen in %
– 800	3,1	0,8	6,7
801–2 000	80,2	72,2	91,9
2 001–3 500	16,3	26,1	1,4
3 501–5 000	0,4	0,9	0,–

Wie an der Frage der Beteiligung ausgeführt, hat sich die starke Nivellierung der Arbeitseinkommen, d. h. eine weitgehende materiale Gleichheit, zwar nicht in hoher kollektiver Handlungsfähigkeit ausgedrückt. Doch war der Integrationssoj der egalitären Lohnpolitik, welche die Betriebsorganisationen der Gewerkschaften seit 1945 auf ihre Fahnen geschrieben hatten und bis weit in die sechziger Jahre hinein nachdrücklich vertraten, wirksam genug, um kollektive Verhaltensweisen der verschiedensten Art hervorzubringen<sup>107</sup> und im Streikfall auch eine ausgeprägt politische Differenzierung der Belegschaften zu verhindern. Es war eher die Regel, daß sich in der KPTsch organisierte Arbeiter an Streiks beteiligten; mitunter initiierten sie auch Arbeitsniederlegungen, und Versuche der Partei, ihre Mitglieder aus der Streikfront durch Appelle und Drohungen herauszubrechen, hatten nicht

104 In den Bergwerken scheint es an der Tagesordnung gewesen zu sein, daß die Hauer erst Stunden nach Schichtbeginn einführen, wenn sich herausstellte, daß ihr Arbeitsplatz von der vorhergehenden Schicht nicht aufgeräumt worden war. VOA ČMKOS. ÚVOS-Horníci, Karton 45, 1956. Bericht über die Situation in der Grube Präsident Gottwald in Horní Suchá am 8.11.1956.

105 VOA ČMKOS. ÚVOS-Horníci, Karton 42, Fasz. Delegationsberichte, 1956. Bericht der Delegation des Genossen Mertl aus dem nordböhmischem Braunkohlerevier (3. bis 13.10.1956).

106 VOA ČMKOS. ÚRO-Před., Karton 83, Inventarnummer 438. Unterlagen für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 29.9.1966. Bericht zu den Grundsätzen der Gewerkschaftspolitik in der Entlohnung der Arbeit bei der Verwirklichung des verbesserten Systems der planmäßigen Lenkung der Volkswirtschaft. Das Arbeitseinkommen wird in der Tabelle in der Landeswährung (Kronen) angegeben.

107 Dazu gehörte u. a. das ziemlich konstante Unterlaufen des sozialistischen Wettbewerbs. Dem Prinzip der Leistungsdifferenzierung durch die Ermittlung des „besten Arbeiters des Betriebes“ stellten die Arbeiter in zahllosen Fällen den Grundsatz kollektiver Verteilungsgerechtigkeit entgegen, indem sie die oft mit einer ordentlichen Belohnung verknüpfte Auszeichnung zum Sieger eines sozialistischen Wettbewerbs in festem Turnus rotieren ließen, damit „jeder einmal an die Reihe kam“. Vgl. Heumos, Industriearbeiter in der Tschechoslowakei, S. 148f. In kleineren Arbeitsgruppen, die sich Kontrollen zu entziehen vermochten, wurden die Arbeitsnachweise auch bei regulärer Arbeit vermutlich in den meisten Betrieben zugunsten einer egalitären Entlohnung manipuliert und „bewußt die so genannte Gleichmacherei“ praktiziert. Škoda-Archiv. ZVIL 179/osob 993. Protokoll der Sitzung der Disziplinarkommission der Škoda-Werke Pilsen vom 7.6.1951.

immer den gewünschten Erfolg.<sup>108</sup> Für die Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben war typisch, daß sie sich aus Streiks und anderen offenen Konfrontationen zwischen Arbeitern und Betriebsleitung bzw. übergeordneten Instanzen vor allem in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre heraushielten, in manchen Fällen (Teplice, Vimperk, Pardubice, Vysoké Mýto, Kladno) sich auch selbst an Arbeitskämpfen auf der Seite der Arbeiter beteiligten oder deren Aktionen zumindest ausdrücklich billigten.<sup>109</sup>

Die politischen Gestaltungsdefizite der KPTsch, die – als Massenpartei konzipiert – in den fünfziger Jahren nur auf ein Drittel ihrer Mitglieder zählen konnte, soweit es um aktive Mitarbeit ging,<sup>110</sup> und in den Betrieben auf Dauer keine wirklich engagierten und stabilen Kader heranzubilden vermochte,<sup>111</sup> und auf der anderen Seite die fehlende wirksame Verklammerung des Zentralrates der Gewerkschaften mit seinen Basisorganisationen, die in den Betrieben die Politik der Gewerkschaftsführung exekutieren sollten,<sup>112</sup> konvergierten so in einer schwachen betrieblichen „Bodenhaftung“ der beiden großen Organisationsapparate, der wohl wichtigsten Voraussetzung dafür, daß die dem Streik vorgelagerte Konflikt-

---

108 Arbeiter, die Mitglied der KPTsch waren, beteiligten sich u. a. an den Streiks in der Grube Svoboda (1948), in der Fabrik Textiliana in Liberec (1951), in der Automobilfabrik in Prag-Vysočany (1952), in der Grauguß-Abteilung der Pilsener Škoda-Werke (1953), in der Grube Gottwald (1954), in den Maschinenbauwerken in Hořovice (1955), in der Fabrik des 9. Mai in Brody (1955), im Unternehmen Polaban in Pardubice (1956), in der Fabrik Eska in Cheb (1957) und in den Vereinigten Stahlwerken in Kladno ebenfalls im Jahr 1957. SÚA. Fonds 100/1, Bd. 106, Nr. 688. – ebd., Fonds 100/1, Bd. 82, Nr. 65. – ebd., Fonds 014/12, Bd. 7, Nr. 23. – Škoda-Archiv. Karton 544, Nr. 429 A. – SÚA. Fonds 19/13, Bd. 3, Nr. 15. – ebd., Fonds 19/13, Bd. 3, Nr. 18. – ebd., Fonds 19/13, Bd. 3, Nr. 18. – ebd., Fonds 014/12, Bd. 23, Nr. 834. – ebd., Fonds 014/12, Bd. 29, Nr. 1096. – ebd., Fonds 014/12, Bd. 29, Nr. 1116. Initiator eines Streiks in den Glaswerken in Otovice (1955) war ein in der KPTsch organisierter Arbeiter. Vgl. dazu den in Anm. 54 zit. Bericht. Im Bergbau kam es häufig vor, daß kommunistische Arbeiter an der Spitze von Streiks standen; ein Beispiel bietet der in Anm. 64 zit. Bericht. Zu den Versuchen, in der Partei organisierte streikende Arbeiter von den parteilosen Streikenden zu isolieren, vgl. den Bericht über eine Arbeitsniederlegung in den Baumwollwerken in Hronov im Jahr 1950; dort nahmen die Arbeiterinnen, die der KPTsch angehörten, nach drei Appellen des Betriebsratvorsitzenden die Arbeit wieder auf. SÚA. MPSP, Karton 366, Ia-2005, 1950. Schreiben des Kreisnationalausschusses in Hradec Králové an das Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge vom 6.12.1950. Das Gegenbeispiel sind die kommunistischen Bergleute in der Grube Stalingrad, die mehrfachen Aufrufen des Betriebsausschusses der KPTsch, ihren Streik zu beenden, nicht folgten. Vgl. dazu den in Anm. 64 zit. Bericht.

109 Heumos, Aspekte des sozialen Milieus, S. 347.

110 SÚA. Fonds 100/2, Bd. 4, Nr. 54. Bericht Káňa über die Situation in der Grube Präsident Gottwald im Revier Ostrava-Karviná [August 1951].

111 SÚA. AN. Bericht über die Untersuchung der Arbeit der Partei in Pilsen im Zusammenhang mit den Ereignissen am 1.6.1953.

112 „Die Schwächen unserer Bewegung,“ heißt es in einem Bericht des Kreisgewerkschaftsrates Pilsen vom Oktober 1949, „nehmen nach unten in Richtung auf die Betriebsgruppen des ROH zu.“ VOA ČMKOS. NHK, Karton 120, Inventarnummer 310/2. Situationsbericht des Kreisgewerkschaftsrates in Pilsen vom 27.10.1949. – Fast vier Jahre später hatte sich an dieser Situation nichts geändert. In der Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 28.5.1953 wurde festgestellt, man habe zwar in den Betrieben ein „breites gewerkschaftliches Aktiv“, dessen Existenz aber „leider formal“ sei. VOA ČMKOS. ÚRO-Před., Karton 16, Inventarnummer 177. Protokoll über den Verlauf der 7. Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 28.5.1953 (Diskussionsbeitrag Kolář). Ausführlicher zur geringen „Eindringtiefe“ des Zentralrates der Gewerkschaften in die betrieblichen Gewerkschaftskader s. Heumos, Aspekte des sozialen Milieus, passim.

schwelle gerade in den volksdemokratischen Gründerjahren niedrig blieb. Dabei profitierten die Konfliktchancen der Arbeiter von den schon angedeuteten Unterschieden zwischen KPTsch und ROH in der Bewertung industrieller Konflikte. Daß die Gewerkschaften als Teil des Staats- und Parteisystems vorrangig eine Massenorganisation im Dienste der politischen Formierung und der Legitimationssicherung darstellten, ist unbestritten. Zugleich waren in ihnen Traditionen der Arbeiterbewegung sedimentiert, die nicht von heute auf morgen über Bord geworfen werden konnten und so häufigen Anlaß zu grundsätzlichen Kontroversen mit der Parteiführung gaben,<sup>113</sup> daß von einem Machtkartell, das KPTsch und ROH vor 1948 bildeten, danach über weite Strecken kaum die Rede sein konnte. Zu diesen Traditionen gehörte die prinzipielle Legitimität von Streiks, so ambivalent sich die Gewerkschaften etwa in den frühen Nachkriegsjahren und verschiedentlich auch nach 1948 in diesem Punkt verhielten. Für viele hohe Gewerkschaftsfunktionäre waren Streiks im Sozialismus keineswegs kommentarbedürftig,<sup>114</sup> und sie rechtfertigten sie bei Bedarf im Zentralrat der Gewerkschaften mit einschlägigen Lenin-Zitaten.<sup>115</sup> Gegen die bereits erwähnte Regierungsverordnung vom 3. Juni 1953, eigens für das Dreinschlagen gegen die Teilnehmer der gerade ablaufenden landesweiten Streiks erlassen, lief die Gewerkschaftsführung Sturm: Die Verordnung habe nichts gemein mit den Aufgaben der Gewerkschaft, man werde die Menschen nicht erziehen, wenn man ihnen mit dem Gefängnis drohe. Nichts liege den Gewerkschaften ferner, als den „Prokurator“ zu spielen und den Aufbau des Sozialismus mit „Talarren“ und „Paragraphen“ voranzutreiben.<sup>116</sup> Es ist offensichtlich, daß die Subjustiz der betrieblichen Disziplinarkommissionen, in denen Vertreter der Betriebsräte den stärksten Einfluß ausübten, aus dieser Einstellung Gewinn und die Berechtigung zu ihrer geduldigen Erziehungsarbeit zogen.<sup>117</sup> Andererseits schürten solche Äußerungen erst recht den Widerstand der Basis: Die Gewerkschaftsführung wollte nach den Juni-Unruhen vor betrieblichen gewerkschaftlichen Ehrengerichten denn doch einige Exempel statuieren, die Betriebsräte lehnten aber die Errichtung dieser Tribunale an mehreren Orten (Náchod, Hronov) ab oder betrieben die Verfahren in zahllosen Fällen so dilatorisch, daß man nur von Boykott sprechen kann.<sup>118</sup>

Die Frage, wieso die Streikfrequenz nach 1953 sank und seit Beginn der sechziger Jahre gegen Null tendierte, wie unsere Tabelle zeigt, kann man unterschiedlich beantworten.

Die geläufigste Erklärung würde sich an den Wandel der politischen Großwetterlage anschließen: Moskau dekretierte nach den Erschütterungen des Jahres 1953 mit dem so ge-

113 Vgl. dazu die in Anm. 65 zit. Abhandlung von Státník.

114 VOA ČMKOS. KOR, Karton 12/1950, Inventarnummer 56. Bericht Kokeš über die Sitzung des politischen Sekretariats des Kreisgewerkschaftsrates Jihlava.

115 VOA ČMKOS. ÚRO-Před., Karton 16, Inventarnummer 177. Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften vom 28.5.1953 (Diskussionsbeitrag Kolář).

116 VOA ČMKOS. ÚRO-Před., Karton 16, Inventarnummer 180. Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 19.6.1953 (Diskussionsbeitrag Kolář). – ebd., ÚRO-Org., Karton 137, Inventarnummer 439. Protokoll des Verlaufs der Sitzung der Vorsitzenden der Gewerkschaftsverbände und der Abteilungsleiter des Zentralrates der Gewerkschaften am 6.7.1953 (Diskussionsbeitrag Kolář).

117 Heumos, Stalinismus in der Tschechoslowakei, S. 94.

118 VOA ČMKOS. Sitzungsprotokolle des ZK des Gewerkschaftsverbandes für schweren und allgemeinen Maschinenbau vom 9.1.1953 bis 30.12.1953. Bewertung der Währungsreform und der Ehrengerichte in den Betrieben des schweren Maschinenbaus (für die Sitzung des ZK des Verbandes am 1.9.1953).

nannten Neuen Kurs eine Art verhaltenszivilisatorische Wende, die dann weiter vorangetrieben wurde durch die Entstalinisierung, die Krise des Jahres 1956 und eine seitdem zunehmende „Liberalisierung“ des orthodoxen Staatssozialismus, die sich, wenn man der Literatur folgt, gleichsam von selbst der ganzen Gesellschaft mitteilte.<sup>119</sup> Viel näher an unserem Thema liegt sicher die Annahme, der Ausbau der betrieblichen Sozialpolitik habe in nicht geringem Maße konfliktdämpfend gewirkt.<sup>120</sup> Es wird außerdem – zumindest als allgemeine Rahmenbedingung – eine Rolle gespielt haben, daß die hohe soziale Dynamik der Arbeiterschaft vor allem während des ersten Fünfjahresplans danach allmählich und seit Beginn der sechziger Jahre in starken Schüben abnahm. Der rückläufige Zustrom von Beschäftigten aus anderen Sektoren der Volkswirtschaft in die Industrie, die zunehmende Einschränkung des Einsatzes militärischer und ziviler Arbeitsbrigaden und die sinkende horizontale und vertikale Mobilität (d. h. Fluktuation bzw. sozialer Aufstieg) sind nur einige Stichworte zur schrittweisen Konsolidierung der Binnenstruktur der Arbeiterschaft, die auch an den schon seit 1948 beständig steigenden Selbstrekrutierungsraten der Facharbeiter wie der un- und angelernten Arbeiter abzulesen ist.<sup>121</sup>

Am plausibelsten erscheint mir, daß sich Streiks zu erübrigen begannen, weil andere Kanäle der Interessendurchsetzung an Gewicht gewannen. Der informelle Planerfüllungspakt zwischen Arbeitern und betrieblichem Leitungspersonal absorbierte offensichtlich in steigendem Maße das Konfliktpotential der Lohn- und Arbeitsnormenfrage. Der Pakt, in dessen Rahmen die Zumutungen des sozialistischen „Produktivismus“ – niedriger Standard technischer Ausstattung mit hohem Anteil schwerer physischer Arbeit, mangelnde Sicherheitsvorkehrungen mit der Folge hoher Unfallhäufigkeit, unzureichende soziale Einrichtungen, schlechte Arbeitsorganisation und vor allem die enormen Belastungen der Flexibilisierung der Arbeitszeit durch die periodisch wiederkehrende šturmovština („Planschlußpanik“) – gegen „weiche“ Arbeitsnormen und die Entschädigungen einer betrieblichen Lohnpolitik getauscht wurden, die über die beweglichen Teile des Arbeitseinkommens (Prämien, Zuschläge, Überstunden) gesteuert wurde,<sup>122</sup> dürfte sich von Arrangements dieser Art in anderen sozialistischen Ländern kaum unterscheiden haben.<sup>123</sup> Als Teil des industriellen Beziehungsnetzes, das die chronischen Leistungslücken des zentralen Planungs- und Verteilungsapparats auszugleichen suchte, waren die informellen innerbetrieblichen Regelungen die eigentliche Quelle einer von Partei und Gewerkschaften je länger je weniger akzeptierten egalitären Lohnpolitik. Der Planerfüllungspakt stützte freilich auch die qualifizierten Ar-

119 Unter dieses allgemeine politikgeschichtliche Muster pflegen dann gesellschaftliche Entwicklungstrends, welcher Art auch immer, als abhängige Variablen subsumiert zu werden (s. Anm. 47). Stellvertretend für unzählige Schematisierungen von diesem Zuschnitt vgl. Joseph Rothschild, *Return to Diversity. A Political History of East Central Europe Since World War II*, New York 1989.

120 In diese Richtung argumentiert für die DDR Hübner, *Identitätsmuster und Konfliktverhalten*, S. 233.

121 Zu diesem letzten Punkt vgl. Pavel Machonin/Milan Tuček, *Česká společnost v transformaci. K proměnam sociální struktury* [Die tschechische Gesellschaft in der Transformation. Zum Wandel der Sozialstruktur], Praha 1996, S. 212–215.

122 VOA ČMKOS. ÚRO-Sekr., Karton 76, Inventarnummer 672, 1955. Bericht über die Maßnahmen zur Beseitigung der Mängel bei der Entlohnung der Arbeit und zum Entwurf der politisch-organisatorischen Absicherung dieser Maßnahmen.

123 Vgl. für die DDR den Beitrag von Martin Kohli, *Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung*, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 49f.

beiter durch reichliche Alimentierung mit Hilfsarbeitern und eine dadurch gewährleistete leichte Normerfüllung.<sup>124</sup> Das dürfte zu einem guten Teil seine dauerhafte Integrationskraft erklären, die man auch an der Ablehnung des lohnpolitischen Differenzierungskonzepts der Reformbewegung der sechziger Jahre durch breite Kreise der Arbeiterschaft ermessen kann.<sup>125</sup>

---

124 Škoda-Archiv. ZVIL 444/PŘ 188. Untersuchung zur Beschäftigung der Arbeiter an den schweren Werkzeugmaschinen (1963).

125 Erste Versuche (1965), in einigen ausgewählten Betrieben eine denivellierende Lohnpolitik durchzusetzen, fanden wenig Resonanz. VOA ČMKOS. ÚRO-Před., Karton 77, Inventarnummer 424/ 1/2. – Vielfach wurde die Abkehr von der egalitären Lohnpolitik als Vorgehen „gegen die Arbeiter“ verstanden, und zwar auch von qualifizierten Arbeitern, etwa den Geigenbauern. ÚRO-Před., Karton 84, Inventarnummer 440/II/1. Bericht über die Mitgliederversammlungen der betrieblichen Gewerkschaftsausschüsse auf der Grundlage des Beschlusses des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften vom 15.6.1966. – Im Sommer 1969 räumte die Leitung der Škoda-Werke ein, daß es im Zeitraum 1960–1968 unter dem Druck „gleichmacherischer Bestrebungen“ nicht gelungen sei, die im Rahmen der Wirtschaftsreform geplante Denivellierung der Löhne durchzusetzen. Škoda-Archiv. RP, Karton 10, Nr. 180. Unterlagen für die „Programmatische Erklärung“, 1. Teil: Analyse des Nationalunternehmens Škoda im Zeitraum 1960–68 (Textteil).